

Deutsche Bauzeitung

Wochenschrift für nationale Baugestaltung • Bautechnik
Raumordnung und Städtebau • Bauwirtschaft • Baurecht

Berlin SW 19

13. Nov. 1935

DBZ Heft 46

Richtfeste in der Hauptstadt der Bewegung



1 Raumbild
(Modell) des
Führerbaues

München, die Hauptstadt der Bewegung, stand am 3. November im Zeichen wehender Hakenkreuzfahnen. Es wurden Richtfeste gefeiert, Richtfeste des nationalsozialistischen Aufbaus. Ihre besondere Bedeutung ergab sich aus der Teilnahme des Führers.

Im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stand das Richtfest für die großen Parteibauten in der Arcisstraße, die zwar selbständige Bauaufgaben darstellen, aber städtebaulich aufs engste mit der Neugestaltung des angrenzenden Königsplatzes zusammenhängen. Zwischen den Parteibauten — nördlich liegt der Führerbau, südlich der Verwaltungsbau — erheben sich, von der Arcisstraße zurückweichend, an der Briener Straße die beiden Ehrentempel, deren Bestimmung nunmehr feststeht. Sie werden die 16 eisernen Ehrensärge der Männer aufnehmen, die als erste für die Bewegung im Jahre 1923 an der Feldherrnhalle in München ihr Leben hingegeben haben. Die baulichen Schöpfungen, um die es sich hier handelt, sind ureigene Gedanken und Planungen des Führers selbst. Er wollte mit ihnen ein steinernes Sinnbild erstehen lassen für die Größe der Bewegung, die er geschaffen und zum Siege geführt hat, und die schließlich zum Staat selbst geworden ist. In Prof. Troost hatte er den Architekten gefunden, der seinen Plänen form-

vollendeten, baukünstlerischen Ausdruck zu verleihen verstand. Als Troost im Jahre 1934 die Augen schloß, bestimmte der Führer den Architekten Prof. Gall, den langjährigen Mitarbeiter Troosts, als seinen Nachfolger. Er selbst aber behielt die Führung in der Hand. In der Woche mindestens einmal, oft mehreremal, weilte er an den Baustellen und spornte durch seinen nimmermüden Sinn für das kleinste den Eifer aller Beteiligten immer wieder von neuem an.

Nun stehen die Rohbauten vollendet, und das Richtfest ist in Gegenwart vieler Tausende von Volksgenossen, die sich auf dem weiten Königsplatz versammelt hatten, begangen worden. Ganze Häuserreihen mußten niedergelegt werden, um für die Neuschöpfungen des Führers den nötigen Platz zu schaffen. Vom Zeitpunkt der Auftragserteilung der Reichsleitung der Partei zum Abbruch der alten Gebäude bis zur Fertigstellung der Rohbauten des Führerhauses waren noch nicht $2\frac{1}{2}$ Jahre und bis zur Fertigstellung des Verwaltungsbauwerks noch nicht 2 Jahre vergangen. Der Tunnel und Rohrkanal, der die beiden Bauten in einer Länge von etwa 105 m verbindet und unter der Briener Straße hindurchführt, wurde im Spätherbst 1934 begonnen und bis Mai 1935 fertiggestellt. Zwei große und ein kleiner Steinbruch bei Kelheim, wel-

**2 Richtfest
der neuen
Parteibauten.**
Im Vordergrund
das Führerhaus



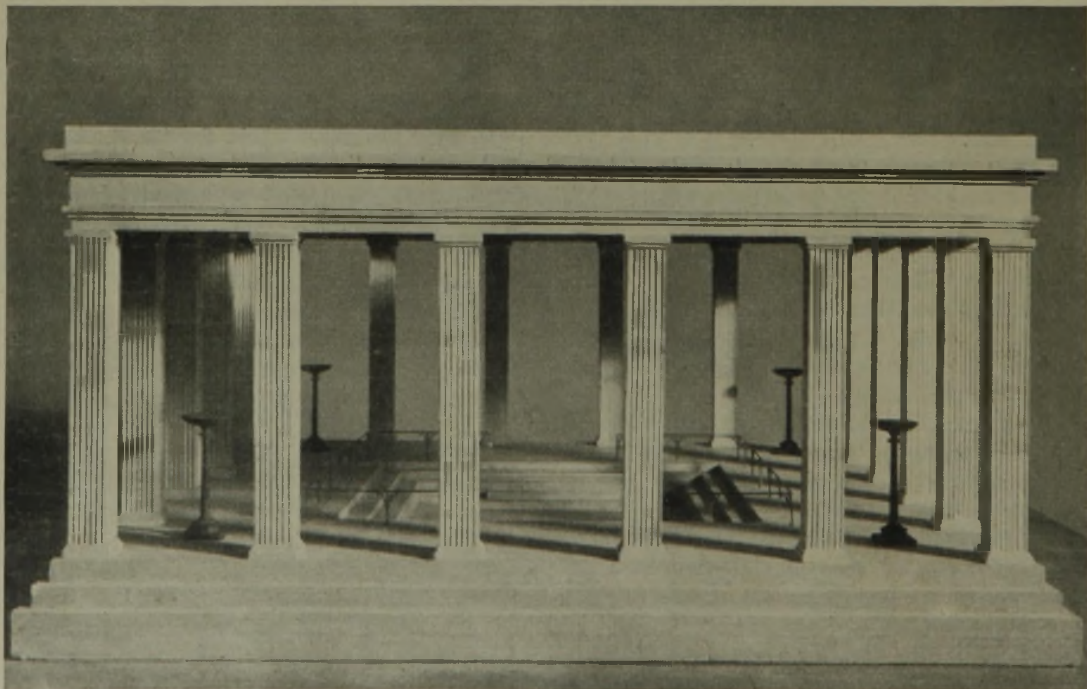
che seit König Ludwigs Zeiten fast stillagen, wurden in kürzester Zeit mit Kranen, Sägen und Aufzügen vollständig neu eingerichtet, um die erforderlichen gewaltigen Massen von etwa 4025 cbm Donaukalkstein für die Parteibauten beizubringen.

Führerbau und Verwaltungsbau sind nach Baumassen, Abmessungen und Formgebung einander vollständig angeglichen. Breit und wuchtig liegen sie an der Arcisstraße, ein eindrucksvoller Abschluß des Königsplatzes nach Osten. Den einzigen Schmuck der Gebäude bilden zwei riesige Adler mit dem Parteizeichen aus Bronze in der Mittelachse im zweiten Obergeschoß. In der inneren Einteilung unterscheiden sich beide Bauten. Die Mitte des Führerbaus nimmt der im Obergeschoß zwischen den beiden Treppenhallen liegende, in Ringen ansteigende Tagungssaal ein. Er ist ringsum von Arbeitsräumen umgeben. Die Ausstattung des Führerbaus ist festlich. Seine steinverkleideten Treppenhallen weisen 56 Säulen, Gebälke und Gesimse aus Juramarmor auf, und die Wände des Versammlungssaales sollen später nach den Gedanken des Führers mit großen Webbildern geschmückt werden, die Darstellungen aus der Ge-

schichte der Bewegung aufweisen. Demgegenüber stellt sich das Innere des Verwaltungsbau, den der Reichsschatzmeister beziehen wird, wesentlich einfacher dar. Das Mittelstück bilden hier Schranksäle in zwei Geschossen, die in 250 Panzerschränken die Kartei der Partei aufnehmen sollen. Darüber liegt eine große Bücherei. Alle übrigen Räume sind Arbeitsräume.

Außer den bereits angeführten Bauten wurde noch ein umfangreiches Gebäude etwas südlicher in der Arcisstraße, im Hauptteil senkrecht zu dieser verlaufend und daher auf dem Rückgelände liegend, errichtet, das große Fernheizwerk, an das nicht weniger als 20 Gebäude angeschlossen werden sollen.

Um die mit den genannten Bauten vollbrachten baulichen Leistungen würdigen zu können, seien einige Zahlen angeführt: Erdaushub: 100 500 cbm, Betonmauerwerk: 6750 cbm, Eisenbeton: 29 835 cbm, Eisenbetondecken: 12 371 qm, Hohlsteindecken: 22 920 qm, Portlandzementlieferung: 223 310 Zentner, Ziegelsteinlieferung: 3 116 000 Stück, Pumpenstunden für Wasserhaltung: 26 884, Tag-schichten: 210 400.



**3 Raumbild
der beiden
Ehrentempel**



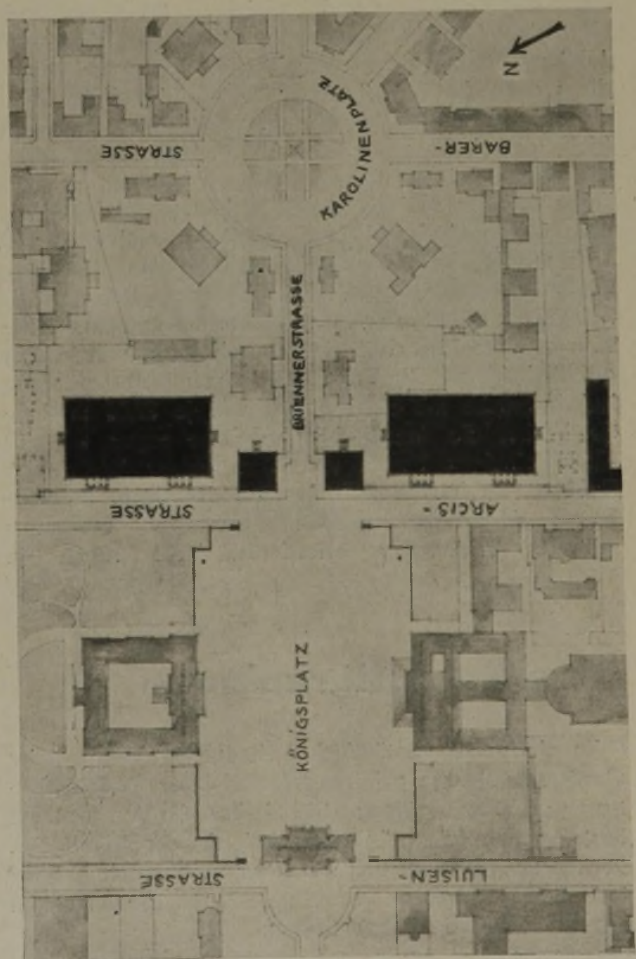
4 Blick auf den Königsplatz vom Dach der Propyläen. Von links: Glyptothek, Führerhaus, die Ehrentempel, Parteihaus, Staatsgalerie

Zur Umgestaltung des Königsplatzes wurde am 20. März 1935 mit dem Bodenabhub begonnen. Ein Belag aus mächtigen Granitplatten faßt heute den ganzen Platz zu einer Einheit zusammen und kennzeichnet ihn dadurch als öffentlichen Versammlungsraum. Ungefähr 22 000 qm Granitplatten aus dem Schwarzwald, Odenwald und Fichtelgebirge wurden in 250 Bahnwagen angeliefert. Davon sind rund 150 Wagen durch die Reichsbahn mit dem neuen Culemayerschen Fahrgerät unmittelbar zum Königsplatz befördert worden. Der Eindruck der Geschlossenheit des Platzes wird durch eine umlaufende Steinbrüstung mit Sitzbank aus Muschelkalk verstärkt. Hierzu wurden 254 cbm Werkstein aus den Brüchen bei Kirchheim, Grünfeld, Winterhausen und Randesacker benötigt. Die Endpfeiler der Brüstungsmauer sollen später mit Bildwerken bekrönt werden. Um den Durchblick von der Luisenstraße zum Königsplatz freizugeben, ist die alte, an die Propyläen anschließende Mauer gefallen. Auf der Ostseite des Platzes ragen zwei mächtige Fahnenmaste aus Stahl als Träger der beiden Hoheitszeichen gegen den Himmel (33 m hoch). 18 in Eisen gegossene Lichtträger fassen den Platz ein und geben auch bei Nacht den Eindruck des riesigen Raumes wieder.

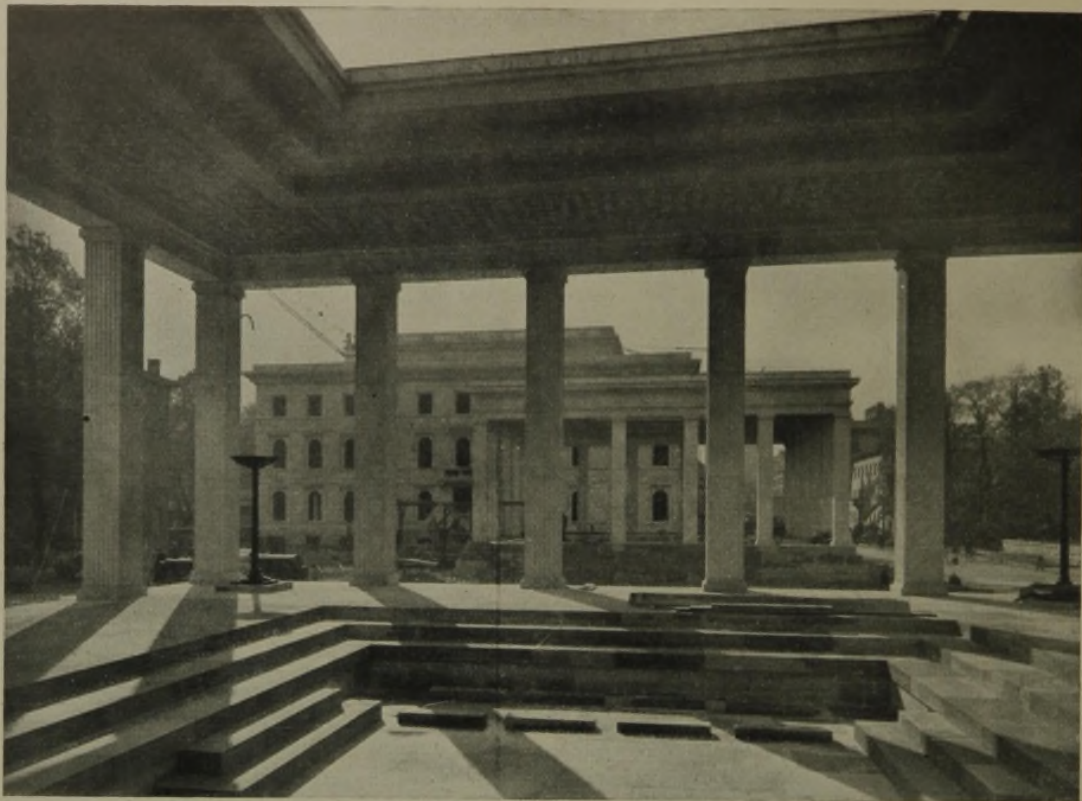
In der Längsachse der Arcisstraße liegt in südlicher Richtung das Gelände des alten Botanischen Gartens. Hier hat das zweite Richtfest stattgefunden. Der Brand des Glaspalastes, der einstmals auf diesem schönen, mitten im Herzen der Stadt liegenden Gelände gestanden hat, machte neue Pläne für seine Ausgestaltung erforderlich. Was jetzt zur Durchführung kommt, beruht auf einem flüchtigen Entwurf Prof. Troosts, der im Auftrage des Führers von den Professoren Bieber und Wackerle (München) übernommen und ausgestaltet wurde. Man ist dabei im wesentlichen von zwei Achsenbeziehungen ausgegangen. In die Achse der Arcisstraße legte man als Abschluß für den Blick vom Königsplatz her ein von Prof. Bieber entworfenes Gaststättengebäude. Die zweite Achsenbeziehung war in der Mittelachse der Nordseite des von Prof. Thiersch entworfenen, kuppelgekrönten Gerichtspalastes gegeben. In dieser Achse soll eine große Brunnenanlage nach dem Entwurf von Prof. Wackerle entstehen. Den Abschluß der süd-nördlichen Brunnenachse bildet ein kleiner Bau in Achteckform. Er ist auf einen besonderen Wunsch des Führers zurückzuführen und soll Ausstellungszwecken dienen, indem an dieser Stelle bemerkenswerte Werke der Baukunst in Entwurfsmustern, aber auch der Bildhauerkunst usw. der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Von dem Gesamtgelände von rund 39 000 qm werden etwa 1000 qm überbaut, während der

Rest von 38 000 qm als Garten- und Freifläche erhalten bleibt. Durch die vorgesehenen Bauten wird die Gartenanlage in zwei Teile geteilt, einen östlichen, achsig zum Gerichtspalast angeordneten Teil mit der großen Brunnenanlage, und einen westlichen, freier gehaltenen Teil mit einem zu dem Gaststättenbau gehörenden Garten und einer großen Wiesenfläche. Für die Durchführung der Bauarbeiten wurde eine staatliche Bauleitung eingerichtet, die in den Händen des Oberregierungsrats Gablonsky von der Bauabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern liegt.

Das dritte Fest des Tages — zeitlich wurde mit ihm der Tag eingeleitet — galt der Einweihung der neuen Ludwigsbrücke. Deren Bauherr ist die Stadt München, für die in diesem Fall der Vorstand des städtischen



5 Lageplan mit den neuen Bauten, ausgerichtet wie Bild 4



6 Blick durch die Ehrentempel auf das Verwaltungsgebäude der Partei

Bauamts, Stadtbaurat Beblo, verantwortlich zeichnet. Es handelt sich streng genommen um den Neubau zweier Brücken, da die Isar an dieser Stelle zwei Arme bildet, die von der inneren und der äußeren Ludwigsbrücke überquert werden. Die Neubauten machten sich im Gefolge der Verbreiterung des wichtigen, durch die Stadt führenden Ost-West-Straßenzugs notwendig, der seit Jahrhunderten an dieser Stelle die Isar kreuzt und neuerdings auch die Verlängerung der Reichsautobahn München—Landesgrenze durch das Stadttinnere darstellt (siehe den Aufsatz auf Seite 199 in Heft 11 der DBZ). Die neuen Brücken tragen allen Forderungen neuzeitlicher Verkehrs- und Bautechnik Rechnung. Während die alte innere Ludwigsbrücke eine Gesamtbreite von 17,60 m, die alte äußere Ludwigsbrücke eine solche von 18,50 m besaß, ist bei den beiden neuen Brücken einheitlich die stattliche Breite von 28 m durchgeführt. Hier von entfallen 18 m auf die Fahrbahnbreite und je 5 m auf die beiden Gehbahnen. Dabei überspannt die äußere Ludwigsbrücke mit zwei Bogen von je 32,85 m lichter Weite, die innere Ludwigsbrücke sogar mit nur einem einzigen Bogen von 43 m lichter Weite das Flußbett. Im letzten Falle machte der flache Brückenbogen durch den großen Seitendruck besonders schwere Widerlager erforderlich. Sie ragen je

17,80 m in das feste Land an den beiden Ufern hinein und umfassen je eine Betonmasse von 3800 cbm. Die Gründungen der Betonwiderlager reichen bis auf 5 m unter die Flußsohle. Um die Widerlager gegen jede Unterspülung zu sichern, hat man die eisernen Spundwände, die zum Schutze der Baugrube erforderlich waren, belassen. Sie reichen noch 2 m tiefer in den Grund hinein als die Gründungen der Widerlager, die auf dem festen Flnz aufstehen. Die Brücken sind als Eisenbetonbrücken erbaut und äußerlich mit Haustein verkleidet. Der Mittelpfeiler der äußeren Ludwigsbrücke ist 37 m tief und 3,50 m breit. Über den beiden Widerlagern am äußersten westlichen und östlichen Ende der Brücke ist jeweils ein Fußgängertunnel von 4 m Breite und 3,10 m lichter Höhe angelegt worden, so daß der Fahrverkehr zur Brücke durch den Fußgängerverkehr nicht mehr gekreuzt wird. Die Baukosten für die Umgestaltung des 770 m langen Straßenzugs vom Stadtkeller am Rosenheimer Berg bis zum Isartorplatz, die der Brückenzug in sich schließt, betragen rund 6 Millionen Mark, wovon etwa 3½ Millionen Mark auf den Neubau der beiden Brücken entfallen. An der Geldaufbringung hat sich der bayerische Staat tatkräftig beteiligt. Das technische, städtebauliche und künstlerische Ergebnis der aufgewendeten Kosten ist über alles Lob erhaben.

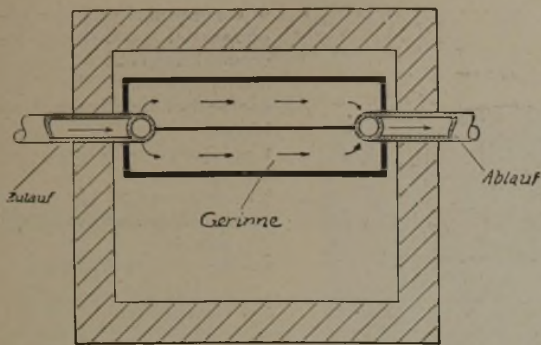
Abwasser-Kläranlagen

Dipl.-Ing. Castner, Berlin

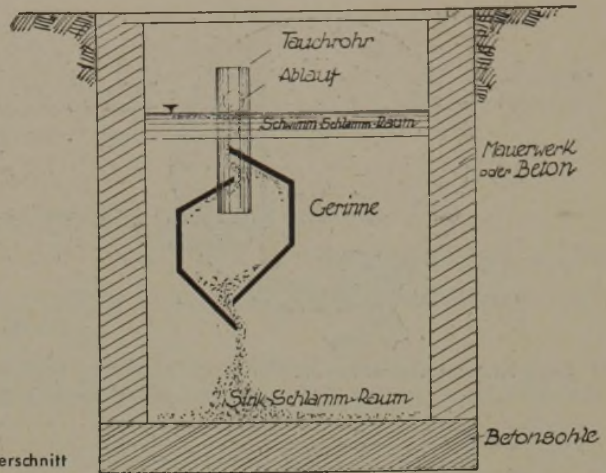
Zu den selbstverständlichen Bequemlichkeiten jeder Großstadtwohnung gehören Wasserleitung, Badeeinrichtung und Wasserspülung. Die Siedler, die den heutigen Bestrebungen folgend, bereit sind, der Großstadt den Rücken zu kehren und sich draußen anzusiedeln, mögen jedoch in ihrem neuen Heime gerade auf die genannten Bequemlichkeiten nicht verzichten.

Mit Rücksicht auf die Erhaltung der Volksgesundheit muß diesem Wunsche nach Möglichkeit entsprochen wer-

den. Seine Erfüllung setzt allerdings das Vorhandensein einer geregelten Abwasserbeseitigung voraus, die wiederum mit einer Klärvorrichtung verbunden sein muß. Da wegen der hohen Bodenpreise von der Anlage neuer Rieselfelder mit ihrem ungeheuren Platzbedarf abgesehen werden muß, ist es erfreulich, daß die Klärtechnik in der jüngsten Zeit überaus beachtliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Die neuzeitlichen Abwasserkläranlagen, die in verschiedenen Größen für einzelne Häuser, für Siedlun-



1 Deck-Frischwassergrube, Grundriß



2 Frischwassergrube, Querschnitt

gen und auch für Städte hergestellt werden, arbeiten auf geringem Raume so gründlich, daß das abfließende Wasser, soweit es nicht durch Untergrundverrieselung beseitigt wird, unbedenklich in einen leistungsfähigen Vorfluter geleitet werden darf. Neben dem als Düngemittel geschätzten Schlamm und dem zur Feldberegnung vorzüglich geeigneten geklärten Abwasser wird dabei auch noch das als Treibgas für Kraftfahrzeuge begehrte Methan in beachtlichen Mengen gewonnen.

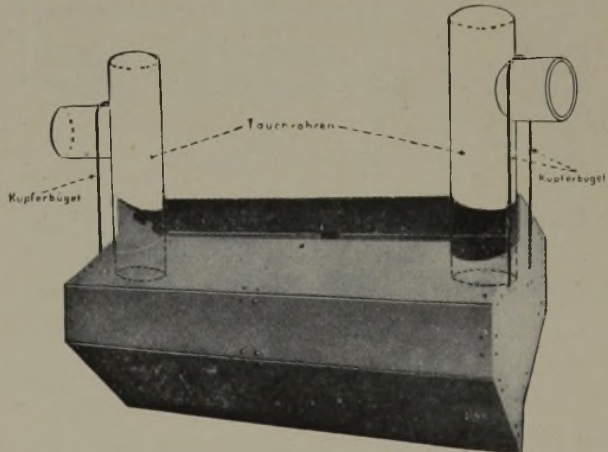
Die den hier beschriebenen Kläranlagen zugrunde liegende Bauweise ist nicht an ein bestimmtes Klärverfahren gebunden, sondern auf alle Arten von Kläranlagen anwendbar, für kleine Hausklärgruben, wie für Gesamtanlagen der Großstädte und für Werkabwässer. Sie berücksichtigt sowohl die Erfordernisse des Frischwassers als auch des Faulwasserverfahrens, der biologischen Nachreinigung und anderer Verfahren. In technischer Beziehung besteht der Vorteil darin, daß die Klärgruben selbst an Ort und Stelle nach einem der üblichen Bauverfahren hergestellt, sämtliche Einbauten aber gebrauchsfertig vom Werk bezogen werden.

Frischwassergruben (Bild 1 bis 4) kommen überall dort in Betracht, wo die Ableitung der geklärten Abwässer, mit biologischer Nachreinigung oder ohne, in einen Vorfluter vorgesehen ist, oder wo es sich um die Bewältigung großer Abwassermengen handelt. Aufgabe der klärtechnischen Einbauten ist es, nur die neu anfallenden Abwassermengen zum Abfluß zu bringen, sie aber während ihres Aufenthaltes in der Grube von dem in dieser stehenden Faulwasser und Schlamm getrennt zu halten, um eine Ansteckung zu verhindern. Auf diese Weise wird wohl eine mechanische Klärung, aber keine Anfaulung des Abwassers erzielt, das in frischem Zustande abfließt.

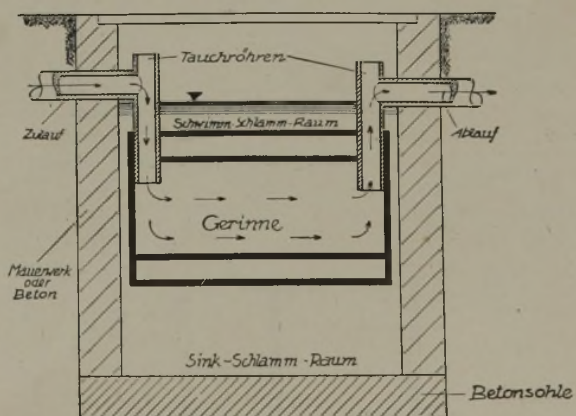
Der eigentliche Klärvorgang findet im „Gerinne“ (Bild 3 und 4) statt, das aus glatten, säurefesten und leichten Platten besteht und in seiner ganzen Ausdehnung vom Abwasser durchflossen wird. Weder tote Bezirke noch Ansteckungsherde sind vorhanden, und selbst starke Wasserstöße vermögen keinen Schlamm mitzureißen. Die Größe des Gerinnes ist so bemessen, daß sich das Wasser 1 bis 2 Stunden in ihm aufhalten kann, die völlig genügen, um alle mechanischen Verunreinigungen auszuscheiden, die durch über die ganze Länge des Gerinnes verteilte Schlitze in die Schlammräume absinken. Es ist Vorsorge getroffen, daß ausgeschiedene Schlammfladen nicht wieder in den Abwasserstrom zurückgelangen können. Die im Faulvorgang aufsteigenden Schlammfladen können beiderseits des Gerinnes ungehindert in den Schwimm Schlammraum gelangen und nach ihrer Entgasung wieder absinken. Diese geht wegen der

großen Oberfläche des Wassers leicht und schnell vor sich, so daß die Schwimm Schlammdecke niemals allzu stark werden kann. Unter Entwicklung von Methan arbeitet die Grube vollkommen geruchlos.

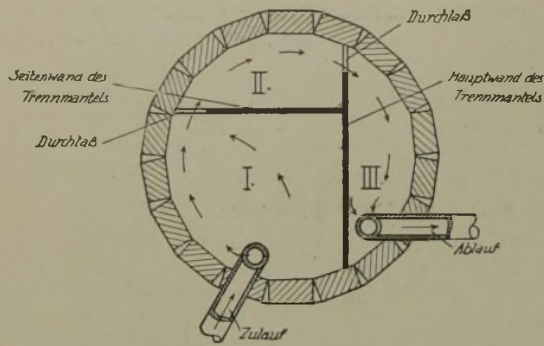
Faulwassergruben (Bild 5 bis 8) sind dort am Platze, wo keine andere Möglichkeit zur Beseitigung der geklärten Abwässer besteht als Versickerung oder Untergrundverrieselung. Es sind gewöhnlich dreiteilige Gruben mit eingespanntem Trennmantel. Der Abwasserstrom durchfließt die Kammern der Reihe nach, und zwar auf dem längsten Wege, nämlich am Grubenrande entlang. Ein Abfließen der Schwimmschicht wird durch die Tiefenlage der Durchlässe zuverlässig verhindert. Die erste und größte Kammer dient der Grobreinigung, wobei die schweren Bestandteile absinken, während die leichten



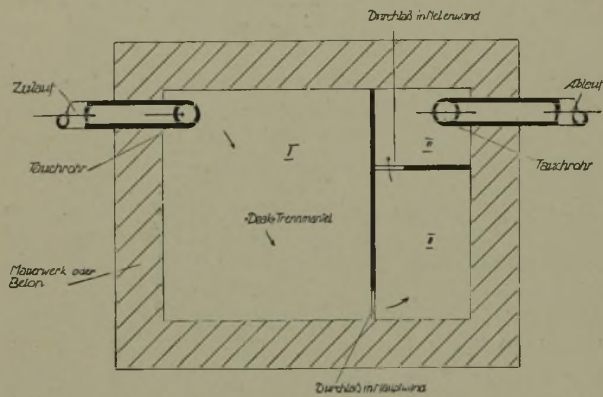
3 Deck-Frischwassergerinne aus Eternit



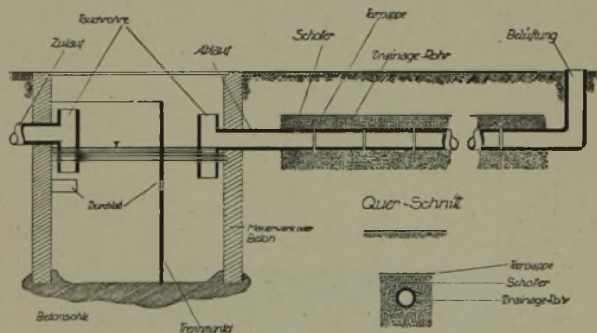
4 Frischwassergerinne, Längsschnitt



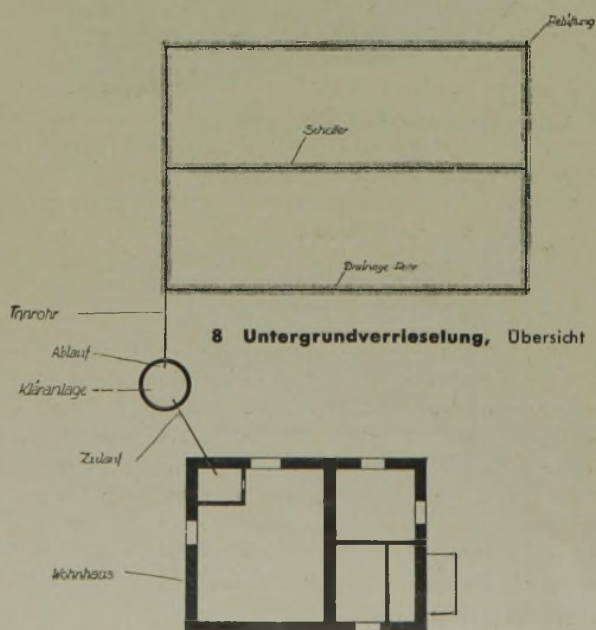
5 Deak-Faulwassergrube, rund



6 Faulwassergrube, rechteckig



7 Faulwassergrube mit anschließender Untergrundverrieselung

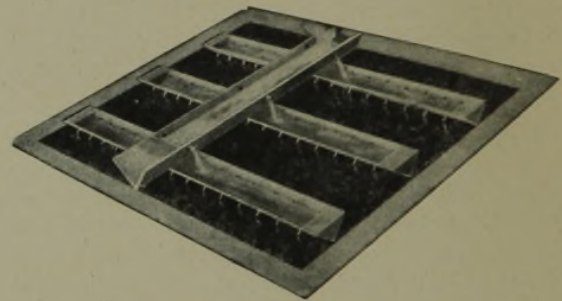


8 Untergrundverrieselung, Übersicht

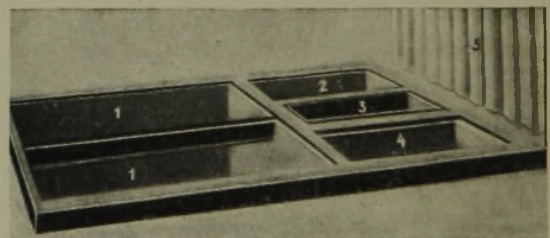


9 Gesamtansicht einer abgedeckten Deak-Frischwasserklärgrube mit Wasserhebeanlage und oberirdisch angeordnetem biologischen Tropfkörper:

- 1 = Frischwasserklärgrube
- 2 = Pumpensumpf
- 3 = Motorraum
- 4 = Nachklärschacht des Tropfkörpers
- 5 = Biologischer Welleternit-Tropfkörper
- 6 = Flettnerlüfter



10 Deak-Verteilungsrinnen aus Eternit



11 Mechanisch-biologische Kläranlage (Abdeckplatten entfernt)

Verunreinigungen sich an der Oberfläche sammeln. In der zweiten Kammer findet die Feinreinigung statt, wobei besonders die während des mehrtägigen Aufenthaltes angefaulten Schwebstoffe abgesondert werden. In der dritten Kammer endlich wird die Nachreinigung bewirkt. Aus ihr wird auch das für Dung- und Bewässerungszwecke benötigte Wasser entnommen. Nur das überschüssige Wasser kommt zur Versickerung oder Verrieselung. Der letzteren ist unbedingt der Vorzug zu geben. Nur bei völliger Undurchlässigkeit der obersten Bodenschichten sollten Sickerschächte angelegt werden.

Die biologische Nachreinigung (Bild 9 bis 11) mechanisch geklärter Abwässer muß stattfinden, wenn diese in einen wenig leistungsfähigen oder stark vorbelasteten Vorfluter geleitet werden sollen. Beim Tropfkörper besteht die Ummantelung aus Wellplatten, die hohe Leistung mit vorzüglichen Lüftungstechnischen Eigenschaften vereinigen. Rost und Sohle sind ähnlich einfach ausgeführt. Dies gilt auch für die aus dem gleichen Werkstoff bestehenden übrigen klärtechnischen Einbauten, wie Haupt- und Nebenverteilungsrinnen usw.

Es ist ohne weiteres möglich, eine Frischwassergrube

und einen biologischen Tropfkörper mit zugehörigem Nachklärschicht und gegebenenfalls Pumpensumpf und Wasserhebeanlage in einem einzigen Bauwerk unterzubringen. Die Aufgabe des Nachklärschichtes besteht darin, die mineralischen Verunreinigungen des Filter-

stoffes, wie auch Abbaustoffe der Bakterien des Tropfkörpers auszuscheiden und durch Tauchwände am Abfließen zu hindern. Das aus dem Nachklärschicht tretende Wasser ist völlig geruchlos und darf unbedenklich in jeden Vorfluter eingeleitet werden.

Betriebs- und Vermögensaufbau im Bauhandwerk

Willy Brachvogel, Berlin

Welches Kapital, welchen Umsatz, welche Außenstände und Schulden hat das Bauhandwerk? Diese Fragen konnten bisher nur unvollständig beantwortet werden, da man lediglich auf Schätzungen angewiesen war. Diesem Mangel hat jetzt das Statistische Reichsam abgeholfen und in diesen Tagen in den Einzelheften zur Statistik des Deutschen Reiches umfangreiche Erhebungen über „Betriebsstruktur und Besteuerung im Einzelhandel und im Handwerk“ herausgegeben.

Die Erhebungen erstrecken sich auf die Jahre 1929 bis 1932. Ausgewertet wurden in erster Linie die Ergebnisse für 1932. Durchgeführt wurden die Erhebungen 1933/34. Unter dem Handwerk nimmt natürlich das Bau- und das Baunebenhandwerk den größten Raum ein, und zwar sind hier berücksichtigt: Maurer, Zimmerer, Glaser, Maler, Tapezierer, Dachdecker, Töpfer und Schornsteinfeger.

Damit erhält man erstmalig einen genauen Einblick in die im Bauhandwerk arbeitenden Mittel. Bei gleicher Größenordnung (20 000 bis 50 000 RM Umsatz) ist das

gewerbliche Rohvermögen (Gesamtkapital) sehr verschieden:

Durchschnittliches Gesamtkapital bei Umsätzen zwischen 20 000 und 50 000 RM

Handwerk	mit eigenem Grundstück		in gemieteten Räumen	
	je Betrieb	je Kopf der Beschäftigt.	je Betrieb	je Kopf der Beschäftigt.
	Mark	Mark	Mark	Mark
Maurer	50 609	2 799	39 982	2 211
Zimmerer	26 941	5 480	18 749	3 813
Glaser	22 049	5 630	12 506	3 193
Maler	25 682	1 976	16 757	1 289
Tapezierer	43 412	4 570	22 212	2 338
Dachdecker	19 768	2 727	13 118	1 809
Töpfer	17 054	4 176	11 934	2 923

Die Unterschiede im Gesamtkapital sind auf die Lagerhaltung, den Wert des Betriebsgrundstückes, die sonstigen Anlagen und die das Bauhandwerk kennzeichnende Gewährung von Kundenkrediten zurückzuführen. Wie sich diese Dinge auf das Gesamtkapital auswirken, geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

Kapitalgliederung in vH des Gesamtkapitals (durchschnittlicher Umsatz von 20 000 bis 50 000 RM)

Handwerk	a) mit eigenem Grundstück, b) in gemieteten Räumen				Schulden		
	Betriebsgrundstück	Anlagen	Lager-vorräte	Forderungen	Eigenkapital	langfristige	laufende
Maurer	21,0	a) 26,3	a) 7,9	a) 40,7	a) 59,6	a) 15,1	a) 25,3
		b) 33,3	b) 9,9	b) 51,6	b) 57,6	b) 10,4	b) 32,0
Zimmerer	30,4	a) 15,5	a) 9,9	a) 39,2	a) 53,0	a) 23,8	a) 23,2
		b) 22,2	b) 14,2	b) 56,4	b) 52,3	b) 14,3	b) 33,4
Glaser	43,3	a) 10,5	a) 16,5	a) 26,1	a) 56,2	a) 26,3	a) 17,5
		b) 18,6	b) 29,1	b) 46,0	b) 60,2	b) 8,9	b) 30,9
Maler	34,7	a) 17,8	a) 11,1	a) 32,9	a) 60,4	a) 23,2	a) 16,4
		b) 27,3	b) 17,0	b) 50,4	b) 50,9	b) 24,0	b) 25,1
Tapezierer	48,8	a) 5,2	a) 23,4	a) 20,2	a) 63,5	a) 9,9	a) 26,6
		b) 10,1	b) 45,7	b) 39,5	b) 39,3	b) 8,7	b) 52,0
Dachdecker	33,6	a) 9,4	a) 11,3	a) 41,4	a) 67,0	a) 15,0	a) 18,0
		b) 14,1	b) 17,0	b) 62,4	b) 68,0	b) 4,8	b) 27,2
Töpfer	30,0	a) 16,5	a) 23,6	a) 26,4	a) 67,6	a) 14,1	a) 18,3
		b) 23,6	b) 33,7	b) 37,7	b) 66,3	b) 7,6	b) 26,1

Das Betriebsgrundstück hat also bei den Maurern den geringsten und bei den Tapezierern den höchsten Anteil. Die Anlagen (Maschinen, Werkzeuge, Einrichtungsgegenstände usw.) erscheinen in gemieteten Räumen natürlich höher als im eigenen Grundstück. Die Lagerbestände machen mitunter einen wesentlichen Bestandteil des Gesamtkapitals aus. Die Unterschiede sind hier hauptsächlich auf die Lagerfähigkeit und den verschiedenen Wert des verarbeiteten Stoffes und der daraus hergestellten Waren zurückzuführen.

Einen besonderen Hinweis verdienen die Forderungen oder Außenstände. Es ist bekannt, daß gerade im Bauhandwerk das Borgunwesen derartig verwilderte Zahlungsgewohnheiten der Verbraucher geschaffen hat, daß kürzlich der Reichsstand des deutschen Handwerks einen kräftigen Anstoß zur Hebung der Zahlungssitten ins Leben rief. Derartige Außenstände hemmen natürlich die geldliche Bewegungsfreiheit ganz gewaltig und verursachen ihm unnötige Kosten und Verärgerung.

Das Eigenkapital beträgt in fast allen Bauhandwerken 50 bis 70 vH. Fremde Mittel werden nur in beschränktem Umfange herangezogen. Daß die langfristigen oder Dauerschulden in den Betrieben mit eigenem Grundstück bedeutend höher liegen, ist selbstverständlich. Bei den laufenden und sonstigen Schulden ist das Verhältnis natürlich umgekehrt, da in gemieteten Räumen die Mieten ausschlaggebend sind.

Die Reineinkünfte des Bauhandwerks sind großen Schwankungen unterworfen. Am höchsten sind sie bei den Malern (35,5 vH) und Tapezierern (34,0 vH). Solche Gewinne konnten allerdings nur in Betrieben bis zu 5000 RM Umsatz erzielt werden. Je größer der Betrieb, desto kleiner der Gewinn. Das zeigt sich am besten bei den Malern und Dachdeckern, die bei einem Umsatz von 50 000 bis 75 000 und 100 000 bis 125 000 RM nur noch Reineinkünfte von 4,4 und 4,2 vH aufweisen können.

Der zunehmende Luftverkehr der letzten Jahre machte eine Neuerstellung von Räumen für die Unterbringung der am Flugbetrieb beteiligten, inzwischen größer gewordenen Dienststellen des Städtischen Flughafens Hannover erforderlich. Wegen des Bauzustandes der Gebäude des alten Flughafens an der Nordseite des Rollfeldes, einer Flugzeughalle nebst Anbauten, kam eine Erweiterung dort nicht in Betracht. Außerdem genügten diese Räumlichkeiten in keiner Weise mehr den Forderungen der Zweckerfüllung und Vertretungswürde, die für einen Großstadt-Flughafen zu stellen sind. Aus diesen Gründen entschloß sich Oberbürgermeister Dr. Menge zu einem großzügigen Neubau aller Baulichkeiten. Als Bauplatz wurde ein Gelände an der Südwestgrenze des Rollfeldes im Anschluß an einen dort vorhandenen, höheren Waldstreifen gewählt, der mit dem in der Nähe befindlichen 65 m hohen Wasserturm bereits ein Hindernis im Einflugfeld bildet. Bauten an dieser Stelle stellen demnach keine weitere wesentliche Beeinträchtigung der Start- und Landemöglichkeit der Flugzeuge dar. Zudem hat diese Verlegung den Vorteil einer um 1,3 km kürzeren Zufahrt von dem im Süden des Flugplatzes gelegenen Stadtkern.

Die Ausführung der Bauten geschah im Rahmen des großen städtischen Arbeitsbeschaffungsplanes, und zwar konnte die Stadtverwaltung Ende 1933, nachdem die Darlehnsverhandlungen mit der Offa abgeschlossen waren, der Verwirklichung der Pläne näher treten. Um den freischaffenden Architekten Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben, wurde zum Dezember 1933 ein Wettbewerb für das Verwaltungs- und Empfangsgebäude ausgeschrieben, aus dem Regierungsbaumeister a. D. Wilhelm Mues, Hannover, als erster Preisträger hervorging. Sein Entwurf wurde zur Grundlage für die Ausführung bestimmt und ihm die weitere Ausarbeitung im Einvernehmen mit dem Stadtbauamt übertragen. Die künstlerische und technische Oberleitung lag in Händen des Stadtbauamtes unter Leitung von Stadtbaurat Prof. Elkart, der auch die Anordnung der Gebäude und die Ausführung der äußeren Anlagen bestimmte.

Die Planung der an das Verwaltungs- und Empfangsgebäude anschließenden Flugzeughalle war vorher vom Stadtbauamt erfolgt. Die Aufführung des Baues wurde bereits vor Beginn der Bauarbeiten des Verwaltungs- und Empfangsgebäudes in Angriff genommen.

Der zur Ausführung gelangte Wettbewerbsentwurf des Empfangsgebäudes zeichnet sich dadurch aus, daß die umfassenden Raumforderungen nicht zwangsmäßig auf eine achsenmäßige Lösung gebracht sind, auf die sich derartige Empfangsgebäude in letzter Zeit immer mehr festlegten. Den Schwerpunkt des in der Höhe beschränkten zweigeschossig gelagerten Baukörpers bildet die in die Höhe und allseitig vor die Gebäudeflucht vorspringende, großzügig angelegte Empfangshalle. Sie und der im Hintergrund aufragende Wasserturm liegen in der Achse des bereits in der Ausschreibung vorgesehenen, ungefähr 250 m langen, zur Stadtseite neu angelegten Anfahrtsplatzes. Von den sich rechts und links an die Empfangshalle anschließenden, quer zu ihrer Längsrichtung verlaufenden Bauflügeln enthält der größere sämtliche mit dem Flugverkehr in enger Beziehung stehenden Dienststellen, und zwar schließen sich die Stellen, die unmittelbar mit den Fluggästen zu tun haben, beiderseits eines breiten Abfertigungsflures an die Empfangshalle an. Das sind die Schalterräume der Luft-

hansa und der Post. An dem von der Straße zum Rollfeld durchgehenden breiten Querflur sind die Abfertigungen für Frachten mit gegenüberliegendem Zollschalter angeordnet.

Der sich weiterhin in Richtung zur Flugzeughalle fortsetzende schmalere Flur mit einem besonderen Ausgang zum Zwischenhof an der Turmseite bildet mit dem Treppenhaus und dem Dienstflur des Obergeschosses eine zusammenhängende, den Fluggästen nicht zugängliche Verwaltungsabteilung. Hier sind im Erdgeschoß die Räume der Polizei, im Obergeschoß die Zimmer der Fernmeldeabteilung und des Wetterdienstes untergebracht. Das vom Turm bis zum Treppenhaus reichende Keller- geschoß enthält eine Dunkelkammer für die Polizei, einen Krankenraum mit flachgeneigter Aufgangstreppe zum Rollfeld, sowie einen Umformer- und Schaltraum. Der nach Süden vorgebaute Turm mit Glasaufbau, Umgang und oberster Plattform dient der Polizei und der Wetterwarte.

Der Flügel an der anderen Seite der Empfangshalle nimmt im Erdgeschoß die Wirtschaftsräume mit Küchen- und Nebengelassen auf. Das Obergeschoß war ursprünglich für zwei Wohnungen bestimmt. Während der Bauausführung wurde jedoch auf Wunsch der dortigen Dienststellen die den Wohnungen zugeordnete Grundfläche ebenfalls für Diensträume in Anspruch genommen. Diese Maßnahme hatte zwar zur Folge, daß der Grundgedanke des Entwurfes, alle Dienstzimmer in einem Bauflügel zusammenzufassen, nicht restlos durchgeführt wurde. Tatsächlich haben sich jedoch keine Nachteile ergeben, da durch Rohrpost- und Fernsprechverbindung für genügende Verständigungsmöglichkeit gesorgt ist.

Der kleine Anbau an den Wirtschaftsflügel enthält den Belegschafts-Erfrischungsraum mit Nebenräumen. Die Anordnung ist so getroffen, daß die Hauptgaststätte und der Belegschaftsraum von einer Anrichte aus bedient werden. Den Erfrischungsräumen sind drei geräumige Terrassen vorgelagert, die mit ihrem Blumenschmuck infolge ihrer unmittelbaren Nähe am Abflugsplatz sich großer Beliebtheit erfreuen. Die Terrassen können sowohl von der Kopfseite des Gebäudes als auch von den Gasträumen her betreten werden. Auf einen unmittelbaren Zugang vom Rollfeld her wurde zur Ermöglichung der Überwachung der Fluggäste verzichtet.

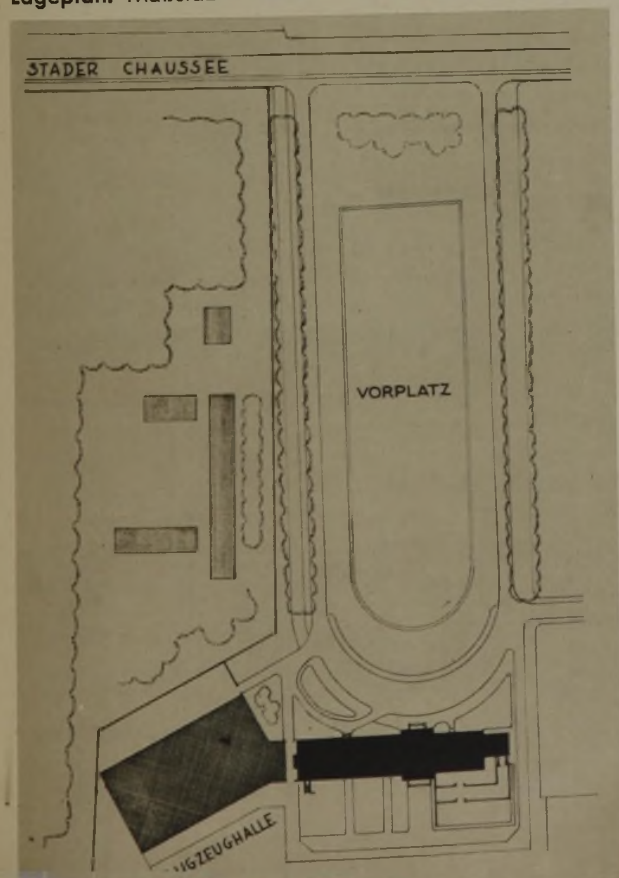
Eine ebenerdige Lage des Erdgeschosses war mit Rücksicht auf die Unterkellerungen des hohen Grundwasserstandes wegen nicht möglich. Die hierdurch entstehenden Höhenunterschiede zwischen Erdgeschoß und Gelände von 1,30 m wurden auf der Rollfeldseite durch Rampenanlagen ausgeglichen, deren Gefälle etwa 1 : 20 beträgt. Die Anlage dieser Neigung hat sich bei Kleinpflaster im Fußgänger- und Gepäckverkehr durchaus bewährt. Die damit verbundene Kürze der Rampe hat den betrieblich sehr bedeutenden Vorteil der möglichst nahen Heranziehung der zur Abfertigung an das Gebäude heranrollenden Flugzeuge. Auf der stadtsseitigen Zufahrt hat die Auffüllung ein ganz geringes Gefälle, da hier die Notwendigkeit kurzer Rampen nicht vorlag.

Das Gebäude ist als verputzter Ziegelbau mit Massivdecken ausgeführt. Auf der obersten Massivdecke steht der hölzerne Dachstuhl, dessen Pfettenlagen ein flachgeneigtes Kupferdach auf Holzschalung tragen. Lediglich die Decke der Empfangshalle ist nicht massiv, sondern aus Hörsamkeitsgründen als Einschubdecke zwischen Holzgitterträgern ausgebildet worden. Die von unten



Ausgang zum Rollfeld. Die große Öffnung verbindet den Raum aufs stärkste mit dem Flugbetrieb

Lageplan. Maßstab 1:4000



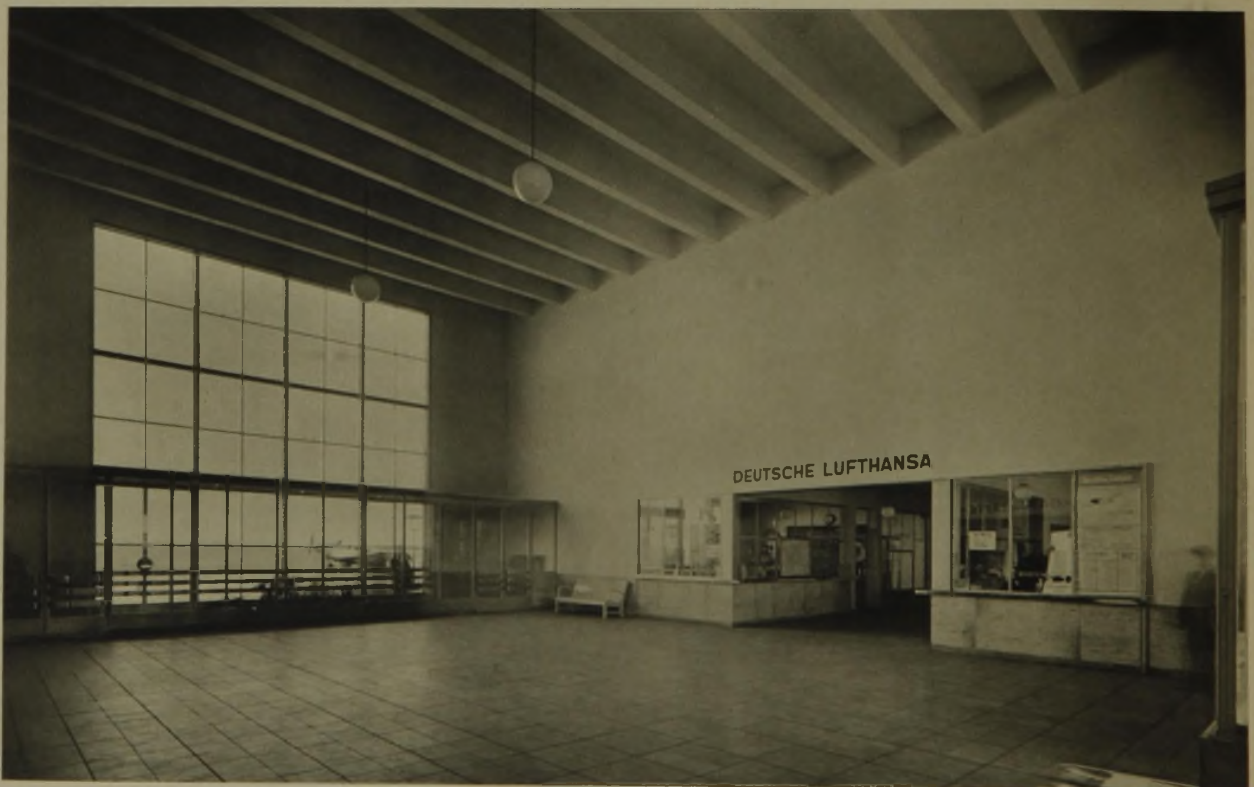
sichtbaren Holzgitterträger sind mit Rabitz ummantelt. Ihre in Anbetracht der Balkenhöhe verhältnismäßig enge Lage verleiht zusammen mit dem großen Glasfenster an der Rollfeldseite dem Innenraum einen besonderen Ausdruck. Die freie Aussicht aus der Empfangshalle auf die Vorgänge auf dem Rollfeld ist gegenüber der Anlage anderer Flughäfen ganz bewußt durchgeführt. Damit ist die sonst oft vorhandene Abtrennung der Empfangshalle von dem eigentlichen Flugbetrieb vermieden und der sichtbare Zusammenhang mit dem Flugfelde hergestellt. Der vor den Fenstern liegende Windfangeinbau ist daher mit dünnen Eisensprossen großscheibig aufgeteilt, so daß der Durchblick nicht behindert wird.

Die Ausstattung der Räume ist im wesentlichen einfach in Putzausführung mit hell gestrichenen Wänden gehalten. Die Diensträume sind mit Linoleum belegt, die Empfangshalle und der Abfertigungsflur weisen eine Belegung durch Sinziger Fußbodenplatten und einen niedrigen Travertin-Kalkstein-Sockel auf. Im Gegensatz zur hohen, hellen Empfangshalle ist der Hauptgaststättenraum durch durchgehende Wurzeleschevertäfelung und Rotholz-Stabfußboden anheimelnder und wärmer gestaltet. Ähnlich ist bis auf die Beklebung der Wand mit Goldtecotapete der danebenliegende Ruheraum ausgeführt. Hell und freundlich wiederum ist die Belegschaftshalle, deren eine Stirnwand durch eine leichtwirkende Malerei bereichert ist.



Blick aus der Empfangshalle auf das Flugfeld

Empfangshalle mit Abfertigung der Deutschen Lufthansa und der Luftpost



Im äußeren stellt sich der Bau als heller Putzbau dar. Die Oberfläche des Putzes weist eine grobe, durch Herausreiben der Kieskörner entstandene, belebte Fläche auf, deren helle Tönung in der Farbgebung auf die Zusammenwirkung mit der grünen Umgebung abgestimmt ist. Die Mehrzahl der Fenster des Baues besteht aus vierscheibigen, gewöhnlichen hölzernen Einfachfenstern mit mittlerem Kämpfer. Nur der große Gaststättenraum hat Schiebefenster mit dünnen, das Scheibenmaß der übrigen Fenster aufnehmenden senkrechten Sprossen erhalten, während das große Fenster der Empfangshalle sowie die gegenüberliegenden Eingangstüren an der Stadtseite in Eisen hergestellt sind. Die Fenster- und Türumrahmungen sind innerhalb der weißen Wände in

Bayrisch-Blau abgesetzt. Nur die Türen des stadtseitigen Haupteinganges haben einen dunklen Bronzeton ebenso wie die über dem Eingang angebrachte Beschriftung mit dem Zeichen der Lufthansa und den feingegliederten Außenlaternen.

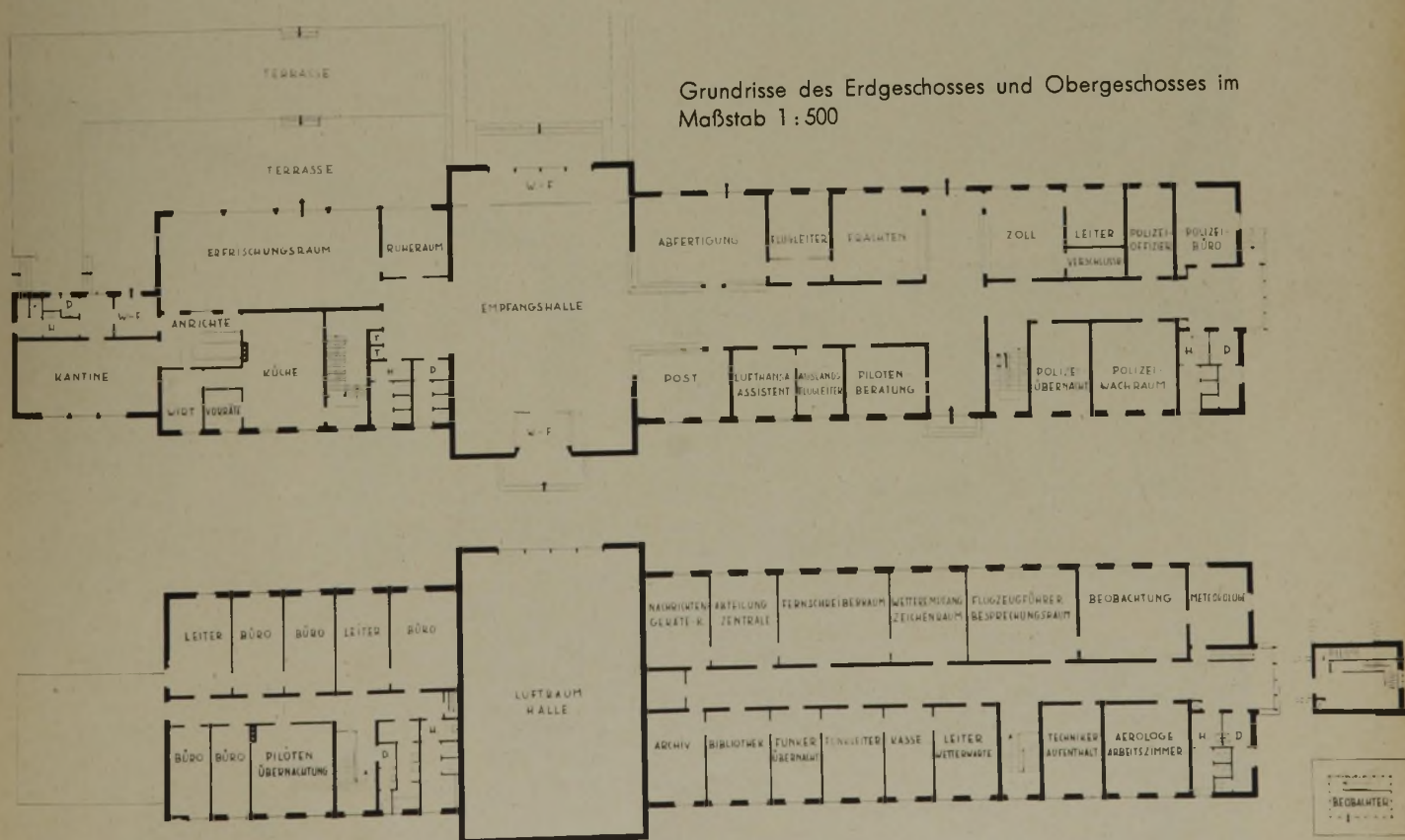
Die Heizung des Gebäudes erfolgt als Warmwasser-Pumpenheizung von dem Heizraum der benachbarten Flugzeughalle aus. Das Heizwasser wird dort durch Dampfheizung in Gegenstromgeräten erhitzt. Außer der Rohrpost- und der selbsttätigen Fernsprechanlage besteht die Maschinenausrüstung des Gebäudes in einem elektrischen Aufzug im Turm zur Beförderung von Wasserstoffflaschen für das Füllen der Pilotballone und einer selbsttätigen Kühlanlage für den Wirtschaftsbetrieb.



Stadtseite des Empfangsgebäudes



Blick vom Rollfeld auf das Empfangsgebäude und die Flugzeughalle





Die Kantine für die Belegschaft. Ein freundlich gestalteter Aufenthaltsraum

Der Erfrischungsraum mit vorgelagerten Terrassen und Blick auf das Flugfeld



Eingebaut sind ferner eine selbsttätige Uhrenanlage, eine Sprech- und Rufeinrichtung, die Schaltgeräte sämtlicher Hindernis-, Scheinwerfer- und Randbefeuerungen und die erforderlichen Geräte für den Wetter- und den Fernmeldedienst. Zur Versorgung der Flugzeuge mit Brennstoff dient eine in der Rollfeldbefestigung liegende selbsttätige unterirdische Tankstelle. Auf die Verhinderung von Schallübertragung durch die ausgedehnten

Rohr- und Kabelleitungen innerhalb des Baues wurde durch entsprechende Dämmung weitgehend Rücksicht genommen.

Die ganze Anlage der neuen Gebäude vermittelt bis zu den Einzelheiten den Eindruck einer groß angelegten Planung, die würdig ist, der Ein- und Ausmündung dieses für die Stadt immer bedeutender werdenden Verkehrszweiges den ihr zukommenden Rahmen zu geben.

Umbau des Schlosses Niederfüllbach

Kreisschulenburg und Museum. Von Architekt Emil Eberlein, Coburg, eingerichtet

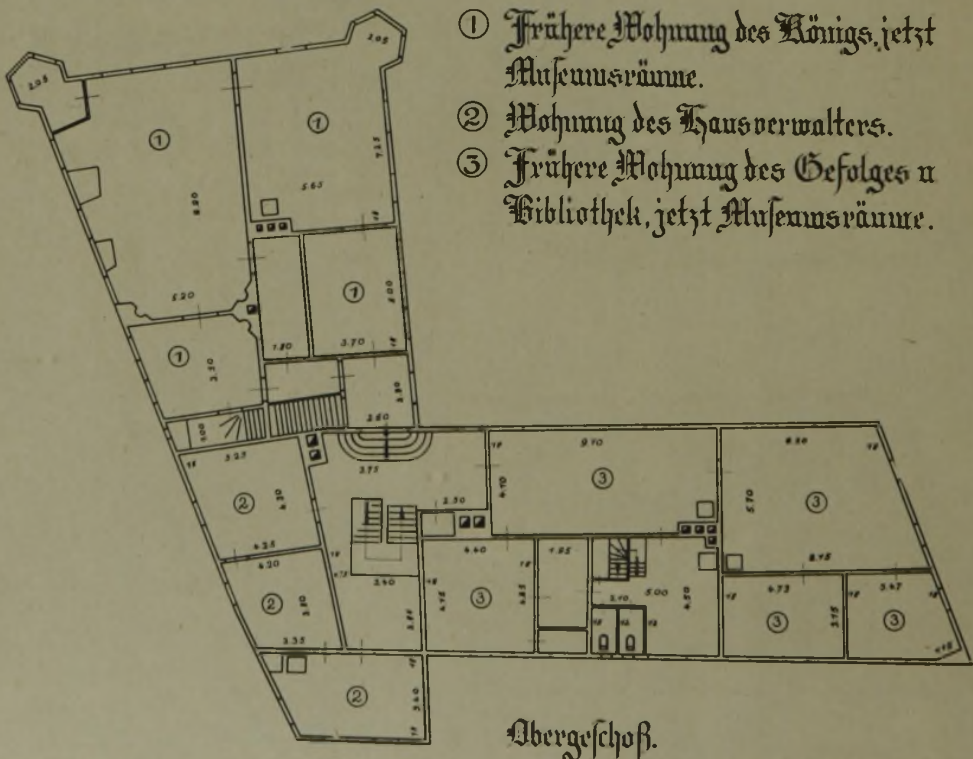
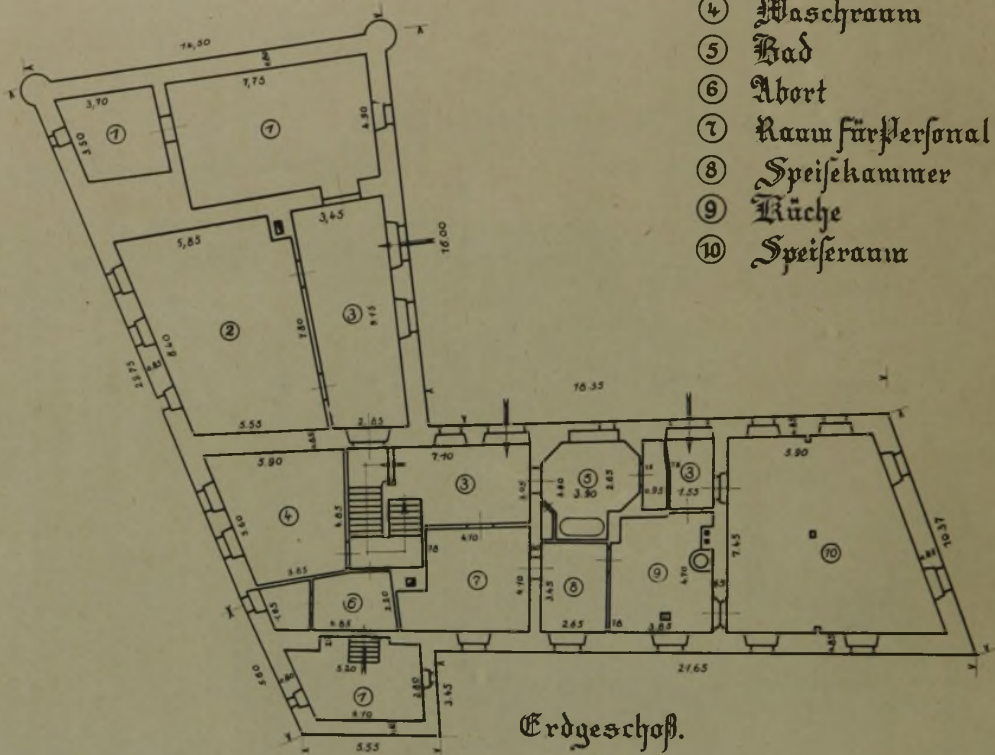


Das Schloß Niederfüllbach bei Coburg inmitten seiner schönen Gartenanlagen



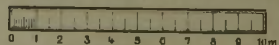
Schloß Niederfüllbach.

- ① Keller
- ② Unterrichtsraum
- ③ Flur
- ④ Waschraum
- ⑤ Bad
- ⑥ Abort
- ⑦ Raum für Personal
- ⑧ Speisekammer
- ⑨ Küche
- ⑩ Speiseraum



- ① Frühere Wohnung des Königs, jetzt Museumsräume.
- ② Wohnung des Hausverwalters.
- ③ Frühere Wohnung des Gefolges u. Bibliothek, jetzt Museumsräume.

Maßstab.



1 : 300

Innenräume
der Schulenburg



Speiseraum mit mittelalterlichen Beständen der Veste Coburg



Hörsaal für die Schulungsvorträge



Schlafraum im Dachgeschoß



Schloßkirche mit barockem Grabmal



Blick in einen Empfangsraum



Ecke mit Ofen in einem zweiten Empfangsraum

Schloß Niederfüllbach als Schulungsburg Oberbaurat Luthardt, Coburg

Schloß Niederfüllbach war ursprünglich ein Wasserschloß, 5 km südlich von Coburg an der wettinisch-bambergschen Grenze gelegen. Es war nacheinander im Besitz der sehr auf den Ausbau einer unabhängigen Hausmacht bedachten nordfränkischen Grafengeschlechter der Henneberger und der Schaumburger, zuletzt der Freiherrn von Reitzenstein, deren barockbiederer Grabmal noch in der Schloßkirche vorhanden ist (Abbildung auf der Gegenseite). Als die Kaiser aus dem Haus der Salier zur Stärkung der Reichsmacht neben dem Bistum Würzburg die Bistümer Eichstädt und Bamberg gründeten, beanspruchte Bamberg die Oberlehensherrschaft mit Erfolg für sich. 1806 schlug Napoleon I. das Bistum Bamberg zu Bayern; Niederfüllbach blieb beim Herzogtum Coburg, und dieses schloß sich 1920 wieder an Bayern an.

Das Coburger Fürstengeschlecht war mit seinen stattlichen, befähigten und hochgebildeten Prinzen der Begründer einer ganzen Reihe anderer Herrscherhäuser, wie des brasilianischen, des englischen, des belgischen und in neuerer Zeit des bulgarischen. Allen verblieb der Sinn für die schöne fränkische Heimat mit ihrem zwar kleinen, aber überaus behaglichen Maßstab und ihren unverdorbenen Naturschönheiten. Kein Wunder, daß der spätere König Leopold I. von Belgien im Jahre 1819 das Schloßchen erwarb und ebenso wie sein geschäftstüchtiger Nachfolger, der Kongovorkämpfer Leopold II., mit Geschick wieder ausbaute. 1912 errichtete Leopold II. die Niederfüllbacher Stiftung, deren Barvermögen mit 35 Millionen Franken allerdings der belgische Staat im Jahre 1919 beschlagnahmte. Das Schloß verfiel, und erst die neueste Zeit nahm sich des vernachlässigten Besitzes wieder an. Das erste Obergeschoß wurde zu einem Schloßmuseum unter Verwendung vorhandener echter Einrichtungen aus der Biedermeierzeit wieder ausgebaut. Das Erd- und Dachgeschoß jedoch nimmt die Kreisführerschule auf. Der Um- und Ausbau erfolgte unter sorgfältiger Erhaltung und Ergänzung des alten Kulturgutes.

Für den Ausbau der Führerschule standen nur geringe Mittel zur Verfügung. Deshalb mußten die neuen Ein-

richtungen in den vorhandenen Rahmen eingebaut werden. Das Äußere zeigte früher im Obergeschoß fränkischen Holzfachwerkbau. Vielfache Umbauten hatten das Fachwerkgefüge so verändert, daß zunächst nur übrig blieb, das Äußere wie früher zu putzen. Mit welchem Erfolg diese sorgfältigen Instandsetzungen vorgenommen wurden, zeigt der aus den Abbildungen ersichtliche Zustand. Man kann das kleine Schloß nur als ein Kleinod bezeichnen, dessen Erneuerung als Kulturtat zu werten ist. Jedenfalls wurde der bauliche Verfall gehemmt und die Erhaltung des alten Zustandes auf Jahrzehnte gesichert.

Der Umbau, die Neuordnung der Sammlungen und die Errichtung des Führerlagers erfolgte ehrenamtlich. Die wundervollen Biedermeiereinrichtungen der Belgierkönige sind vollkommen erhalten und mit den Sammlungen wirkungsvoll aufgestellt. Für das Führerlager waren umfangreiche Instandsetzungsarbeiten erforderlich. Das Lager hat aber auch einen Rahmen bekommen, wie er nicht so schnell zu finden sein wird.

Das Untergeschoß enthielt früher Wirtschaftsräume. Jetzt sind darin das Schulungszimmer, Bad und Waschräume, Küche mit Nebenräumen und der Eßsaal für die Führerschule untergebracht. Im ersten Obergeschoß sind die früheren königlichen Gesellschafts- und Wohnräume wieder hergestellt worden. Außerdem wurden in diesem Hausmuseum eine Medaillen- und Münzsammlung und eine Afrika-Sammlung aufgestellt, die zu den früheren Bewohnern Beziehung haben. Das ganze Geschoß ist als Museum für jedermann zugänglich. Der riesige Dachstuhl schließlich wurde als Schlafgeschoß für die Kreisführerschule ausgebaut. Fehlende Türbeschläge wurden von Schloß Leutenberg bei Probstzella, mittelalterliche Stühle und Tische von der Veste Coburg überwiesen. Architekt des Umbaus war Emil Eberlein, Coburg.

So dient das ganze Schloßchen wieder der Neuzeit und ist ein Zeugnis früherer Wohnweise, aber auch neuen Willens zur Erhaltung der sonst dem Untergang geweihten Kulturgüter.

Wir lesen

in Velhagen und Klasings Monatsheften 1934/35, 2. Bd., einen Aufsatz von

Heinrich Tessenow, Das neue Einfamilienhaus

Unser Einfamilienhausbau ist heute zweifellos in einer besonderen Krise, und die Fragen, die wir ihm gegenüber haben, laufen so durcheinander, daß nur wenige und sehr einfache als beantwortet gelten können. So z. B. werden Fragen, die sich auf die Ausführung der Außenwände, auf die Art der Fenster, der Dachformen usw. beziehen, von gleich tüchtigen und erfahrenen Baumeistern immer wieder verschiedenartig und mehr oder weniger gegensätzlich beantwortet. Und dieses Durcheinander der Fragen und Antworten steigert sich natürlich, je mehr es um die kleineren Einzelheiten eines Hausbaues geht.

Es ist in jüngerer Zeit immer wieder gerne auf den Gegensatz der sogenannten modernen Architektur zu den älteren Bauformen hingewiesen worden, aber man könnte sagen, daß wir im allgemeinen auf diese Unterschiede um so mehr und um so lieber eingehen, je ober-

flächlicher wir es mit einer Beantwortung der Fragen nehmen, auf die es ankommt. Es handelt sich hierbei um geistige Zustände, die sich im Bauen auszusprechen suchen, um das Erkennen und Verfolgen großer kulturweltlicher und nicht immer klarer Entwicklungslinien. Genau so wie die Renaissance, bauweltlich genommen, damit begann, daß sie die außerordentlich zusammengedrängte und festumschlossene Siedlungsform der mittelalterlichen Städte sprengte und über die voraufgegangene feste Geschlossenheit der mittelalterlichen Städte hinaus vorstädtisch entwickelte, d. h. so wie dort die Bauwelt sich sehr deutlich in der Richtung nach der Natur hin bewegte, so können wir die gleiche Bewegung bis heute verfolgen; und so wie die letzten Jahrzehnte gewissermaßen einen letzten Trumpf der gesamten Renaissance darstellen, so wird diese genannte bauweltliche Entwicklung der Renaissance uns nun auch gerade im Hinblick auf diese letzten Jahrzehnte europäischer Entwicklung besonders deutlich.

Hinsichtlich dieser letzten Zeit sehen wir nach einer gewissen Ermüdung werklicher Ideen ein mehr oder

weniger neues Aufleben der Renaissance um die Zeit der neunziger Jahre oder um die Zeit der Jahrhundertwende, ähnlich einem gewissen Aufflammen des Mittelalters im 15. Jahrhundert. Um die letzte Jahrhundertwende beginnt neuerlich und sehr großweltlich ein betonter Zug nach außen hin in die Natur, der sich ganz unmittelbar auch auf das gesamte bauweltliche Gestalten überträgt und deutlichsten Ausdruck gewinnt.

Hierher gehört besonders alles das, was wir seither unter „Gartenstadtbewegung“, unter Stadt-Randsiedlung, unter Stadt-Landsiedlung usw. verstehen und was uns seither immer eifriger und zunehmend als selbstverständlich suchen ließ, die Wohnquartiere stark aufzulockern, d. h. sie so viel wie möglich mit Natur, mit Licht und Luft und Sonne, mit Garten und Blumen und Obstbäumen unmittelbar zu verbinden. Und genau so haben wir seither die stärkste Vorliebe für den Bau des freistehenden Einfamilienhauses, das sich zwar in wichtigen Hinsichten nur wenig von dem unterscheidet, was wir renaissanceweltlich als Villa verstehen, aber doch auch wieder insofern etwas ganz anderes ist, als es sich mehr und mehr um das Kleinhaus handelt.

Diese Tatsache kann im Hinblick auf unsere gesamte Bauwelt als außerordentlich gewichtig gelten, und es ist leicht zu erkennen, daß die Fortsetzung dieser Entwicklung schließlich nicht mehr und nicht weniger bedeutet als eine völlige Neueinstellung gegenüber unseren gesamten bisherigen Siedlungsformen, im besonderen gegenüber unseren Städteformen und hier wieder unseren Großstädten.

Es bedarf keiner großen Voraussicht, um zu erkennen, daß wir es hier mit dem Ansetzen völlig neuer siedlerischer Ziele zu tun haben, die darauf hinauslaufen, daß wir wahrscheinlich in naher Zukunft schon die Verbindung des Städtischen und des Ländlichen unendlich viel mehr und viel eindeutiger betonen und erstreben werden, als wir es bisher getan haben. Und dies wieder wird ebenso sicher dahinführen, daß wir das Größenverhältnis des einzelnen Hauses zum Grundstück mehr und mehr wesentlich anders zu nehmen suchen werden als bisher. Wir werden die Grundstücke unvergleichlich viel größer wollen, oder das Haus selbst wird in seiner Bedeutung gegenüber der Grundstücksgröße mehr und mehr verlieren. Alle Einfamilienhäuser, sagen wir der letzten Jahrzehnte, haben den Fehler, daß die zugehörigen Grundstücke ihrer Größe nach zu den Hausgrößen in

einem Mißverhältnis stehen; wenn man drei ordentliche Apfelbäume um ein solches Haus herumpflanzt, dann ist mit ihnen, sobald diese sich einigermaßen gesund und groß entwickelt haben, der Garten überlastet.

Wir sind eben in städtischem Denken befangen geblieben. Aller Einfamilienhausbau der jüngeren Zeit krankt an einer städtischen Überbetonung des Hauses; die Häuser dort haben nur selten etwas eigentlich Ländliches, wie sie z. B. auch nur sehr selten etwa dem dörflichen Sinne nach als eingeschossig oder überhaupt ihrer ganzen Art nach als sozusagen naturgebunden ausgeführt wurden.

In dieser Hinsicht nun hat der Einfamilienhausbau gerade der jüngsten Zeit so etwas wie eine neue Form bekommen, mit der wir zwar noch weit von einer Art neuer Stilbildung entfernt sind, aber jedenfalls sehen wir hier viele Ansätze ländlich betonter Hausanlagen, denen gegenüber selbst verhältnismäßig beste Einfamilienhäuser der voraufgegangenen Jahrzehnte veraltet erscheinen. Die Ferien- oder Wochenendhäuser sind heute gewissermaßen die Pioniere einer neuen Wohnhausart. Dank ihnen wird es uns selbstverständlich, die ganzen Wohnfragen mehr und mehr ländlich-einfach zu nehmen und doch auch wieder gewisse kulturelle Ansprüche befriedigt sehen zu wollen, aber immer wieder im Rahmen starker Naturgebundenheit. Und gerade in diesen Forderungen oder Anschauungen liegt zweifellos das, was uns heute sehr allgemein mit allen Einfamilienwohnhausideen außerordentlich lebendig ist und den Einfamilienhausbau auch praktisch wirtschaftlich schließlich sehr viel leichter ermöglicht, als es bisher der Fall war. Hohe Baukosten sind — richtig besehen — immer eine Folge betont städtischen Denkens und Wollens, wie im besonderen auch hohe Grundstückspreise — richtig besehen — nicht die Ursache, sondern die Folge städtisch gedrängten Bauens sind. Hier handelt es sich übrigens um Ideen, wie sie z. B. auch unser Schrebergarten-Laubenbau in weitestem Maße und auf Grund geringster wirtschaftlicher Mittel zu verwirklichen suchte. So wild und ungeordnet vielfach unsere Schrebergärten mit ihren Kleinhausanlagen sein mögen, so sind sie jedenfalls insofern außerordentlich beachtlich, als hier die ganz allgemeinen Entwicklungen des Wohnungsbaues in der Richtung nach der Natur oder dem Ländlichen hin in besonders deutlicher Weise auch gerade von dem wenig oder sehr gering bemittelten Volkskreise unterstützt wird, so daß wir hier von einer wirklich volksmäßigen Entwicklung sprechen können . . .

Rechts- und Steuerfragen

Zweifelsfragen bei der Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften.

Die steuerrechtlichen Vergünstigungen, die bei der Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften im Gesetz vom 5. Juli 1934 (RGBl. I S. 572) vorgesehen und in der zweiten Durchführungsverordnung vom 8. März 1935 (RGBl. I S. 354) im einzelnen geregelt wurden, sind bei der Grunderwerbsteuer und der Wertzuwachssteuer grundsätzlich gleich. Über diese gesetzlichen Vorschriften hinaus hat der Reichsminister der Finanzen im Verwaltungswege durch Erlaß vom 9. März 1935 — S 5003 A/30 III — für bestimmte Fälle, die sich für eine gesetzliche Regelung nicht eigneten, allgemein angeordnet, daß aus Billigkeitsgründen bei Grundstücksübertragungen ebenfalls Steuererleichterungen gewährt werden. Diese Erleichterungen

gelten für Fälle, in denen im Zusammenhang mit der Umwandlung oder Auflösung einer Kapitalgesellschaft gleichzeitig ein Treuhandverhältnis aufgelöst wird und Grundstücke von der Kapitalgesellschaft nicht auf den Treuhänder, der der Form nach Gesellschafter der Kapitalgesellschaft ist, sondern unmittelbar auf den Treugeber dieses Gesellschafters übertragen werden. Auch wenn gleichzeitig zwei Kapitalgesellschaften aufgelöst werden, von denen die eine die Anteile der anderen in ihrer Hand vereinigt hat, kommen Steuererleichterungen in Betracht.

Da sich nun diese beiden Erweiterungen der Steuerergünstigungen aus Billigkeitsgründen nur auf die Grunderwerbsteuer als Reichssteuer beziehen, dagegen nicht für die Wertzuwachssteuer als Landes- oder Gemeindesteuer gelten, so hat der Reichsminister

der Finanzen vom 27. April 1935 — S 5003 A/37 III — die Landesregierungen ersucht, ihrerseits eine entsprechende Anordnung zu treffen oder, soweit die Wertzuwachssteuer Gemeindesteuer ist, eine entsprechende Anordnung ebenfalls zu empfehlen.

Bei der steuerrechtlichen Behandlung der Umwandlung oder Auflösung haben sich aber auch Zweifelsfragen ergeben, die jetzt durch Erlaß vom 28. Juni 1935 — S 5003 A/38 III — geklärt sind. Hierbei handelte es sich um die Frage, ob ein Urteil des Reichsfinanzhofs vom 29. Januar 1935, wonach in Abwicklung (Liquidation) befindliche Kapitalgesellschaften von den ausgeschütteten Abwicklungsraten den Steuerabzug vom Kapitalertrag vornehmen müssen, soweit diese Raten die Einlagen der Gesellschafter übersteigen, auch bei Umwandlungen und Auflösungen Anwendung findet, die während der Geltung des Umwandlungssteuergesetzes vom 5. Juli 1934 (RGBl. I S. 569), d. h. bis zum 31. Dezember 1936 beschlossen werden. Nach der Entscheidung des Ministers ist der Steuerabzug vom Kapitalertrag insoweit nicht vorzunehmen, als anlässlich der Vermögensübertragung bei Umwandlungen oder Auflösungen die Einkommensteuer nach der zweiten Durchführungsverordnung erhoben wird. Gleichzeitig hat der Minister entschieden, daß die Vorschriften über die Mindestbesteuerung bei Umwandlung und Auflösung im Rahmen der Umwandlungsgesetzgebung keine Anwendung finden.

Weiterhin ist eine Klärung zu § 7 der zweiten Durchführungsverordnung erfolgt, wonach der Gewinnanteil, der den Gesellschaftern der umgewandelten oder aufgelösten Kapitalgesellschaft aus ihrer Beteiligung vor der Umwandlung oder Auflösung zusteht, nach den allgemeinen Vorschriften der Einkommensteuer unterliegt. Nach dem Ministererlaß kann es sich dabei nur um den Gewinn des letzten vollen Wirtschaftsjahres handeln oder um den Gewinn des letzten Rumpfwirtschaftsjahrs, wenn die Umwandlung oder Auflösung nicht auf den Schluß des letzten vollen Wirtschaftsjahrs beschlossen wurde. Gewinne früherer Wirtschaftsjahre, die der Kapitalgesellschaft durch Beschluß ihrer berufenen Stellen ausdrücklich belassen, also nicht ausgeschüttet worden sind, stehen den Gesellschaftern im Sinne der gesetzlichen Vorschrift nicht zu. Wird der im letzten Wirtschaftsjahr

Männer vom Bau

Baurat Schulte-Frohlinde kommt vom Hochbauamt der Stadt Nürnberg. Er war als Mitarbeiter des Architekten Speer 1933 an den Parteitagsbauten und 1934 an den großen Zuschauerbühnen im Luitpoldhain beteiligt, ist heute Leiter der Bauabteilung der Deutschen Arbeitsfront und plant zur Zeit das große KdF-Seebad auf Rügen für 20 000 Menschen.



(Rumpfwirtschaftsjahr) erzielte Gewinn laut Umwandlungs- oder Auflösungsbeschluß zusammen mit dem übrigen Vermögen der Kapitalgesellschaft auf die Gesellschafter übertragen, so ist gleichwohl die Einkommensteuer nach den allgemeinen Vorschriften in der Höhe zu erheben, in der sie im Falle eines Ausschüttungsbeschlusses zu erheben gewesen wäre.

Bemerkt sei hierbei, daß maßgeblicher Stichtag für die Aufstellung der Schlußrechnung (Schlußbilanz) des Rumpfwirtschaftsjahres und des Umwandlungs- oder Auflösungsstandes grundsätzlich der Tag ist, für den die Umwandlung oder Auflösung beschlossen ist, nicht etwa der Tag der Eintragung des Beschlusses in die Handelsrolle (Handelsregister); nur wenn zwischen diesem Stichtag und dem Tag der Eintragung des Beschlusses in die Handelsrolle ein sachlich nicht gerechtfertigter Zeitraum liegt, kann nach dem Ministererlaß im einzelnen Fall eine andere Behandlung geboten sein. Beachtlich ist sodann, daß eine steuerliche Rückwirkung keineswegs eintritt, falls die Auflösung oder Umwandlung mit rückwirkender Kraft beschlossen wird.

Endlich ist noch hervorzuheben, daß sich der Minister nunmehr damit einverstanden erklärt hat, daß auch bei Umwandlung einer Kapitalgesellschaft, bei der das Vermögen der Gesellschaft ganz oder teilweise in das Einzelvermögen des oder der übernehmenden Gesellschafter übergeht, die steuerlichen Erleichterungen des § 8 (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer) der Durchführungsverordnung im Billigkeitswege gewährt werden.

Lehmann

Neue Bücher

Lieferung übernimmt die Deutsche Bauzeitung, Abteilung Buchvertrieb, Berlin SW 19

Gebührenordnung und Architekten-Bestimmungen der Reichskammer der bildenden Künste, zusammengestellt nach den amtlichen Veröffentlichungen. Stand vom 1. September 1935. Verlag Deutsche Bauzeitung, Berlin. 60 Pfg. (192)

Mit dieser Zusammenstellung ist eine leichte und schnelle Unterrichtung über die wesentlichen Berufsgruppenfragen ermöglicht, insofern, als der gesamte Aufbau der Reichskammer der bildenden Künste (RKbK) im allgemeinen und der Fachgruppe für Baukunst im besonderen erklärt wird. In Erweiterung der früheren Gebührenordnungen sind auch die Wettbewerbsbestimmungen ausführlich erklärt. Ferner kamen noch hinzu die Bestimmungen für die Gartengestalter und für die neue Fachgruppe „Entwerfer“. Unter die Entwerfer werden diejenigen eingereiht, welche sich künstlerisch gestaltend mit der Herstellung von handwerklichen oder Industrieerzeugnissen beschäftigen.

Loeffler

Die Kathedralen Frankreichs. Von Auguste Rodin. 207 Seiten mit Handzeichnungen Rodins auf 32 Tafeln. Axel Juncker, Verlag, Berlin. Leinen 3,75 RM. (189)

Dieses wundervolle Buch ist zugleich das Bekenntnis eines Dichters und die Ehrfurchtbezeugung eines bildenden Künstlers vor der großen Vergangenheit der heimatischen Kunst. Immer wieder verweist Rodin auf die Natur Frankreichs, auf diese Natur, die die Schöpfer seiner Sakralbauten leitete, die ihnen den Weg gewiesen hat, durch verständnisvolle Liebe zu den Wäldern und Pflanzen, durch Achtung und Bewunderung der Frauen. Wenn er die Natur schildert, malt der große Bildhauer mit jedem Satz ein Bild von erschütternder Innigkeit. Seine „Einführung in die Kunst des Mittelalters“, wie seine „Anmerkungen über den romanischen Stil“, die den Abschnitt „Die Natur in Frankreich“ umrahmen, sind Hinweise und Ableitung zu und von der einen großen Quelle, aus

der die frommen Meister des Mittelalters schöpften. Bescheiden und keusch stehen sie hinter ihren Werken, hinter den Kathedralen, die Wahrzeichen einer großen Zeit sind, einer Zeit, in der man aus der Verbundenheit mit der Schöpfung der Heimatlandschaft, aus der Gemeinschaft der Menschen unter einander gestaltete. Wehmütig und stolz stellt Rodin das fest, wenn er das mangelnde Verständnis seiner Epoche für diese gesunde Größe beklagt. Wie mit lebendigen Menschen spricht

er mit den Kathedralen, wenn er sie mit ebenso großem Schwung wie mit vorsichtiger Zartheit beschreibt. Richtend wendet er sich an seine Zeitgenossen, indem er sagt: „denn die Bescheidenheit und die Keuschheit sind die älteren Schwestern der Schönheit; und das wissen die Kathedralen“.

v. Oelsen

Prag. Kultur, Kunst, Geschichte. Von Oskar Schürer. Mit 142 Tafeln, Plänen und Grundrissen. Verlag Rolf Passer, Wien. Leinen 17,50 RM.

Ein deutscher Kunstgeschichtler schreibt über die Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik. Schreibt nicht etwa einen kunstgeschichtlichen Führer, sondern entwickelt ihre Kultur aus ihrer Geschichte, ihre Bauten aus ihrer Kultur. Und es entsteht die lebendige Biographie einer Stadt, die den wenigen großen Stadtbiographien, die wir besitzen — nicht zu verwechseln mit Stadtbeschreibungen! — vergleichbar ist. Vielleicht sogar noch reicher ist als die bekannten, großen Werke über die italienischen Kulturstätten, weil die Spannung des Gegenüber- und Miteinanderlebens von Deutschtum und Slawentum nicht nur berichtet wird, sondern das Empfinden hierfür in der Beschreibung, in der Stellungnahme zu jedem einzelnen Kunstwerk immer noch mitschwingt. Gerade die Ablösung beider Volkskörper voneinander, ihr zeitweiliges Zusammenklingen und ihre Unstimmigkeiten geben dem geschichtlichen Aufbau des Buches Reichtum und Farbe. Dazu kommt die starke Betonung der Kulturentwicklung gegenüber der politischen Geschichte, und — entscheidend vor allem — das Empfinden für die besonderen räumlichen Festwerte dieser Stadt, ein Gefühl für städtebauliche Gegebenheiten, wie es selbst bei Kunstgeschichtlern selten ist. Die Art, wie aus Augeneindrücken von Plätzen und Straßen, aus Wuchs und Aufbau der einzelnen Stadtteile wie aus der Formentwicklung eines einzelnen Gebäudes die Gesichter der Zeiten und der einzelnen großen Persönlichkeiten entwickelt und heraufbeschworen werden, beweist, daß hier einer schreibt, der Baukunst zu „lesen“ versteht, der nicht in einer allgemeinen verschwommenen Schwärmerei seiner Freude an der Form Ausdruck gibt, sondern der sich bewußt ist, daß jeder Bau geprägte Form, die lebend sich entwickelt, bedeutet. Die Fülle neuartiger Aufnahmen beweist durch Auswahl und Blickrichtung das Gefühl für die Besonderheit dieses Wachstums. Ganz abgesehen davon, wie wesentlich das Schicksal gerade Prags für die gesamte europäische Geschichte, insbesondere des deutschen Kaisertums und die Kämpfe des Deutschtums gegen den Osten und somit für jeden deutschen Menschen ist, abgesehen von der Fülle geschichtlicher und auch baugeschichtlicher Einzelheiten, die man erfährt, ist grundsätzlich diese Art des städtebaulichen und baukünstlerischen Nacherlebens außerordentlich fruchtbar, weil sie dem Fachgenossen beweist, wie ausdrucksstark und richtunggebend bauliche Schöpfungen von späteren Geschlechtern empfunden werden, und daß es nicht immer nur die Architekten sind, die die Baukunst vergangener Jahrhunderte fruchtbar erleben.

P. Z.

Industrielle Arbeitsmarktgestaltung und Siedlung. (Band 17 der Stoffsammlung.) Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Verlag, Münster i. W. Geheftet 3 RM.

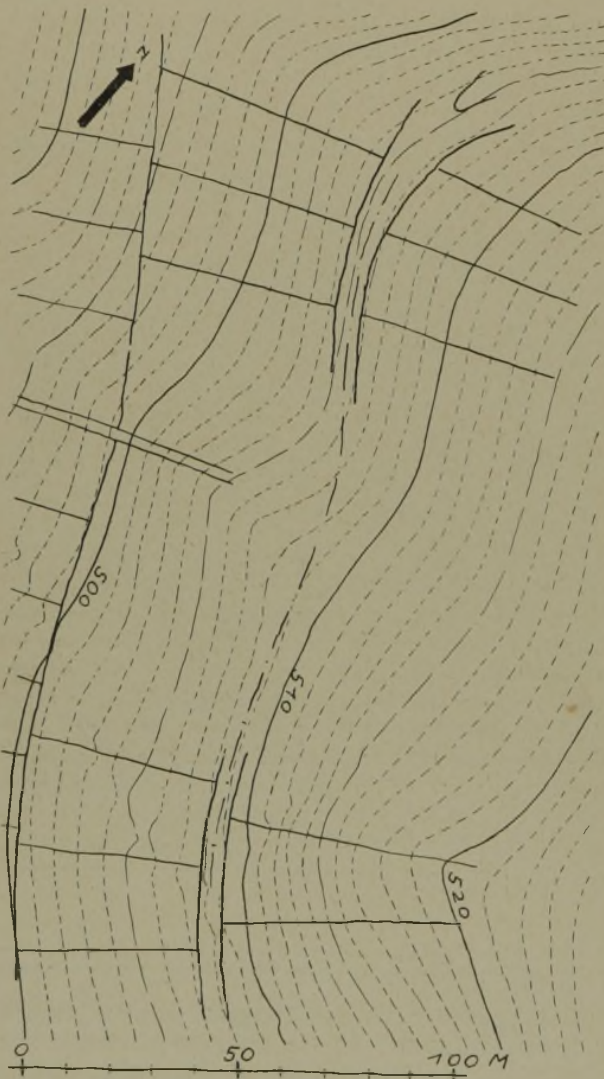
(93)

Eine Zusammenstellung von Vorträgen, die anlässlich einer siedlungswissenschaftlichen Arbeitstagung im März 1935, veranstaltet von der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen der Universität Münster, gehalten wurden. Meist sind es mehr oder weniger grundsätzliche Erklärungen und wirtschaftspolitische Erörterungen, die allerdings viel Zahlen-Rüstzeug enthalten. Wesentlich Neues bringt die Zusammenstellung nicht.

Runge.

DBZ - Kurzaufgabe 16

Gestellt von Architekt Umlauf



Aus dem Bebauungsplan für eine Siedlung am Hang geben wir einen Ausschnitt wieder, in welchem die restliche Grundstücksaufteilung, die Ergänzung der Straße und die lagemäßige Verteilung von freistehenden Einfamilienhäusern eingetragen werden soll. Besondere Beachtung soll der Anschluß des aus dem Tal heraufführenden Fußweges finden.

1. Preis 10 RM, 2. Preis 5 RM.

Alle Baugestalter und Studenten können sich beteiligen. Preisgericht ist Architekt Umlauf und die Schriftleitung der Deutschen Bauzeitung. Die Entscheidung ist (unter Ausschluß des Rechtsweges) unwiderruflich. Die Lösungen sind in Tusche zu zeichnen und mit dem Vermerk „Kurzaufgabe 16“ bis 25. November einzusenden.

Bauwirtschaft und Baugewerbe

Wöchentliche Beilage der Deutschen Bauzeitung • Heft 46/1935

Gesamtwirtschaft

Höhere Gewinne der Aktiengesellschaften

Nach den letzten Ermittlungen des Statistischen Reichsamts gab es 1930 noch über 3100 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 1 Million RM und darüber, 1934 dagegen waren es nur noch knapp 2500. Gegenüber den Abschlüssen für das Geschäftsjahr 1932/33 waren die Rückgänge in der Vermögensrechnung bei weitem nicht mehr so groß wie im Vorjahr. Sie waren nicht mehr so sehr die Folge weiterer Wirtschaftsschrumpfung, sondern in ihnen spiegeln sich Umlagerungen der Kräfte innerhalb der Unternehmen oder die Abtragung von Schulden wider. In den vergleichbaren Abschlüssen sind die Jahresreingewinne von 537 Millionen (1932/33) auf 660 Millionen RM (1933/34) gestiegen, die Verluste dagegen sind von 1169 auf 624 Millionen zurückgegangen. Im ganzen ergab sich ein Überschuß der Jahresreingewinne über die Jahresverluste von 36 Millionen RM. 75 vH des Eigenkapitals der Gesellschaften haben 1933/34 mit Gewinn gearbeitet gegen nur 61 vH im Vorjahr. Die Zahl der Gesellschaften, die einen Reingewinn erzielten, hat sich von 1542 auf 1931 erhöht und die Zahl der Gesellschaften, die eine Dividende verteilten, ist von 983 auf 1166 gestiegen. Die Gewinnsumme ist um 23 vH gestiegen, die Dividendensumme aber nur um 9 vH. Es ist also ein verhältnismäßig kleinerer Anteil des Reingewinns als Dividende ausgeschüttet worden als im Vorjahr.

Gliederung der Wirtschaft

Die Einordnung der Neuhausbesitzer

Der Reichsarbeitsminister hat die Mitglieder der Vereine, die dem aufgelösten Reichsverband deutscher Neuhaus- und Eigenheimbesitzer angeschlossen waren, aufgefordert, nunmehr den örtlichen Vereinen des Zentralverbands deutscher Haus- und Grundbesitzervereine beizutreten. Nur diejenigen Mitglieder, die mit dem Erwerb des Eigenheims nicht lediglich ein Wohnbedürfnis befriedigen wollten, sondern auch Land überwiegend gartenbaumäßig nutzen und daher nicht mehr als Hausbesitzer, sondern als Eigenheimsiedler anzusehen sind, müssen sich dem Deutschen Siedlerbund anschließen.

Baugeldwesen

Beleihungsgrenze für Wohnungsneubauten

Die Zeitschrift „Die Bank“ berichtet über die Aussprache, die neuerdings auf dem Gebiet des Grundkredits über die Beleihungsgrenze wieder in Fluß gekommen ist. In der Vorkriegszeit lief die erststellige Beleihung bei etwa 60 vH des Grundstückswerts aus. Nach dem Krieg ist dieser Grundsatz durch eine Bestimmung ergänzt worden, wonach bei Wohnungsneubauten infolge der damals stark gestiegenen Baukosten die erststelligsten Darlehen 40 vH der Bau- und Bodenkosten nicht überschreiten durften. Nachdem heute die Gründe für

diese Sondermaßnahme (überhöhte Baukosten, überhöhte Zinsen und Mieten) weggefallen sind, hat der Reichswirtschaftsminister diese strengen Sonderbestimmungen nunmehr durch Erlaß etwas aufgelockert. Nach diesem Erlaß ist nach wie vor nur der nachhaltige Ertragswert (der auch in späteren Jahren erzielbar ist) der Beleihung zugrunde zu legen. Es wird also in Zukunft den einzelnen Beleihungsanstalten überlassen, die Beleihungsgrenze auch bei Wohnungsneubauten bis auf 60 vH des nachhaltigen Ertragswerts zu erweitern. Die dadurch gegebene Möglichkeit, die Kreditbedürfnisse am Hypothekenmarkt je nach der Lage im Einzelfall besser als bisher zu befriedigen, wird zweifellos auf die Bautätigkeit der Zukunft belebend wirken.

Stammarbeitersiedlung im Westen

Zu wichtigen Ergebnissen kam die Ende Oktober in Aachen abgehaltene Arbeitstagung der für die Grenz- und Notgebiete des Reiches errichteten Arbeitsgemeinschaften zur Förderung des Arbeiterwohnstättenbaus. Regierungspräsident Reeder (Aachen) betonte, daß durch die planvolle Stammarbeitersiedlung die Arbeitsplätze gesichert und der Arbeiter mit seiner Familie aus proletarischer Brotunsicherheit befreit werden solle. Generaldirektor Dr. Eugen Vögler forderte, daß außer der Stammarbeitersiedlung das Bauen ganz allgemein zur Beseitigung des Wohnungselends gefördert werden müsse. Es sei nicht zu befürchten, daß eine Fehlanlage von Geldern erfolgen werde, dafür sei der Wohnungsmangel noch viel zu groß. Wir haben in Deutschland noch 1½ Millionen Wohnungen zu wenig. Auch Geschoßwohnungen seien durchaus notwendig. Angesichts der Schwierigkeiten der Landbeschaffung im westlichen Industriegebiet müsse man sich bei der Ansiedlung von Stammarbeitern zunächst mit 200 qm Land je Stelle begnügen und vorläufig Pachtland dazunehmen. Später könne dann eine Erweiterung des Landes zur Eigenbewirtschaftung erfolgen. — Wegen der volklichen Aufgabe des Siedlungswerks in den Grenzgebieten unterstützt die Deutsche Arbeitsfront aus eigenen Mitteln die Stammarbeitersiedlungen in den Grenzgebieten des Aachener Bezirks, der Rheinpfalz und Oberschlesiens. Die Unterstützung erfolgt vorwiegend und grundsätzlich in der Form von Zinszuschüssen.

Die Zuschüsse bei der Robert-Ley-Siedlung

Für die Robert-Ley-Siedlung im Wurmgebiet bei Aachen, die unter Förderung der Deutschen Arbeitsfront als Mustersiedlung im Arbeiterwohnstättenbau errichtet wird, sind 1000 Siedlerstellen vorgesehen, von denen 300 bereits fertig geworden sind. Der Gesamtaufwand stellt sich für die 1000 Stellen auf 6 Millionen Reichsmark, also auf 6000 RM für die Stelle. Angesiedelt werden außer den Bergarbeitern einige Handwerker und Kaufleute, und zwar zu den gleichen Bedingungen wie die Bergarbeiter und ebenfalls unter Gewährung der Zinszuschüsse. Infolge dieser Zuschüsse der Deutschen Arbeitsfront stellt sich die monatliche Belastung des Siedlers auf 18 bis 19 RM, während die monatlichen Lasten ohne diese Zinszuschüsse um etwa 10 RM höher lägen.

Industriekredit-Anstalten für nachstellige Beleihungen?

Die Aufgabe der Industrieverlagerung müsse, fordert Bürgermeister Steimle in der „Sozialen Praxis“, Heft 44, weitgehend in Selbstverwaltung der einzelnen Erzeugungsgruppen durchgeführt werden. Im Dienst weiterschauender Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik rechtfertige sich ein zunächst mit Opfern für Reich, Länder und Gemeinden verbundenes Betreiben der Industrieverlagerung, weil dann auch ein Ausgleich der Opfer stattfinden kann, die für die zu verlagernden Betriebe aus der Verlagerung erwachsen. Eine richtig betriebene Industrieverlagerung werde auch die Frage Industriegemeinde — Arbeiterwohngemeinde zur Lösung bringen. Hierbei wäre erwägenswert, staatliche oder unter staatlicher Förderung stehende Industriekreditanstalten für die Beschaffung nachstelliger Hypotheken zu errichten. Auch Reichsbürgschaften wären hier am Platz.

Nachstellige Versicherungsgelder für die Baugenossenschaften

Nachdem die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften in letzter Zeit ihre Baupläne oft aus Mangel an zweitstelligen Geldmitteln nicht haben durchführen können, hat nunmehr die Rheinische Landesversicherungsanstalt dem Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen und Baugenossenschaften einen Betrag von 1,5 Millionen RM für zweitstellige Hypotheken in Aussicht gestellt. Die Mittel werden für Bauten verwendet, die im nächsten Baujahr errichtet werden.

Grundstückswesen

Rege Nachfrage nach Baustellen

Nach den Mitteilungen der Fachgruppe Grundstücks- und Hypothekemakler war auch im Oktober die Nachfrage nach Baustellen im Bezirk Berlin sehr rege und die Zahl der Verkäufe erheblich. Größere gutgeschnittene Baustellen sind in den westlichen Vororten knapp. Baustellen bis 800 qm mit mindestens 19 m Straßenseite sind stark gesucht. Am Rentenhausmarkt treten, von einigen Großkäufern abgesehen, hauptsächlich Kauflustige mit 10 000 bis 25 000 RM Anzahlung auf. Die Abschlüsse sind aber schwerer geworden, weil die Verkäufer der gesuchteren Häuser meist die Restkaufgelder nicht stehen lassen wollen. Die Preise für neuere Häuser mit Kleinwohnungen zeigen eine sachlich nicht gerechtfertigte Richtung nach oben. Die Nachfrage nach gewerblichen Räumen hat erheblich nachgelassen. In Hypotheken für Landhausbauten finden Beleihungen in Höhe von 40 vH des Bau- und Bodenwerts in ausreichendem Umfang statt.

Die Steuerlast des Althausbesitzes

Auf der Anfang November in Kiel abgehaltenen Tagung der norddeutschen Gemeindeverwaltungen und des Haus- und Grundbesitzes stellte Ministerialdirektor Hog vom Preußischen Finanzministerium fest, daß die Gesamtsteuerlast des Althausbesitzes gegen die Vorkriegszeit stark gestiegen sei. Die ab 1. April 1937 in Aussicht genommene Reichsgrundsteuer werde die Einheitswerte zur Besteuerungsgrundlage machen. Da auch dann das Steueraufkommen auf der heutigen Höhe gehalten werden müsse, sei eine Senkung der Steuer damit nicht allgemein verbunden. Doch werde die Reichsgrundsteuer zu erheblichen Belastungsverchiebungen führen als Folge einer zeitgemäßen gerechteren Besteuerungsgrundlage. — Auf der gleichen Tagung

sprach Prof. Dr. Lehmann (Köln) über das kommende Mietrecht. Die gegenwärtig noch bestehende Vertragsfreiheit müsse überall dort eine Beschränkung erfahren, wo sie der Bildung einer vertrauensvollen Hausgemeinschaft zwischen Vermieter und Mieter Hindernisse bereite. Die Stellung des Mieters müsse gestärkt werden. Während die Mietzinsfestsetzung grundsätzlich der freien Vereinbarung überlassen bleiben müsse, sei der Mieter gegen willkürliche Kündigungen zu schützen. Bei der Miete von Geschäftsräumen, wo die Kündigung am schwersten wiege, müsse ein verstärkter Kündigungsschutz erreicht werden. — Landgerichtsdirektor Dr. Riehle stellte als Grundsatz für das künftige Recht der Zwangsvollstreckung auf, daß die Belastung eines Grundstücks in einer Rechtsform vorgenommen werden müsse, die die Gefahr einer Zwangsvollstreckung möglichst ausschließe.

Behördliche Bauförderung

Die Hilfe der Gemeinden für den Arbeiterwohnstättenbau

Dr. Kottenberg vom Deutschen Gemeindetag hat auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaften zur Förderung des Arbeiterwohnstättenbaus in Aachen erklärt, daß die restlose Einschaltung der Gemeinden heute noch in vieler Hinsicht schwierig sei. Als Träger des Arbeiterwohnstättenbaus kämen die Gemeinden aus geldlichen Gründen nur in geringem Umfang in Frage. Da eigene Mittel meist fehlen, bemühen sich aber die Gemeinden in den letzten Monaten, den Wohnungsbau auf dem Umweg über ihre Sparkassen zu unterstützen. Man denke daran, daß die Gemeindebauämter eine kostenlose Planung neuer Bauvorhaben durchführen. Außerdem haben viele Gemeinden die Anliegerbeiträge stark ermäßigt oder gestrichen, oder aber sehr langfristig gestundet.

Vergünstigungen der Stadt Koblenz

Gleich anderen Städten hat auch Koblenz Maßnahmen getroffen, um zur Linderung der Wohnungsnot und zur Belebung des Baumarktes neben dem durch das Reich geförderten Kleinsiedlungs- und Volkswohnungsbau beizutragen. U. a. soll eine verstärkte private Bautätigkeit durch folgende Vergünstigungen angeregt werden:

1. Barzahlung der Straßenbaukosten nur nach Maßgabe des bereits erfolgten Straßenausbaus, hypothekarische Sicherstellung des Restes, zinslose Ratenzahlung fälliger Beträge. Erhebliche Ermäßigung der Anliegerbeiträge an bestimmten Straßen, für bestimmte Bauten (Kleinwohnungen) und bestimmte Baustellen (Eckbaustellen, Baulücken).
2. Ermäßigung der Baupolizeigebühren für besonders förderungswürdige Bauvorhaben (Kleinwohnungen, Eckbaustellen, Baulücken).
3. Für Vermessung, Kanal- und Wasseranschluß werden bei solchen Wohnbauten nur die Selbstkosten berechnet. Die gemeindlichen Zuschläge zur Grundvermögenssteuer können dazu auf einige Jahre erlassen werden.

4. Soweit das vorhandene Gelände reicht, werden auch weiterhin zu günstigen Bedingungen (niedriger Kaufpreis, Ratenzahlung, verminderte Straßenbaukosten usw.) Baugrundstücke für Eigenheime von der Stadt abgegeben.

Diese Maßnahmen beschränken sich auf solche Bauvorhaben, die sofort begonnen und spätestens bis zum 1. Juli 1936 fertiggestellt werden. Mit Hilfe der Vergünstigungen, die zum Teil schon seit längerer Zeit gewährt werden, sind, besonders unter Berücksichtigung der Tat-

sache, daß die allgemeine Wirtschaftslage in Koblenz noch heute infolge des Krieges, der Besatzungszeit und der Inflation sehr schwierig ist, verhältnismäßig beachtliche Erfolge erzielt worden.

Bautätigkeit

Verstärkter Wohnungsbau

Nach dem Bericht des Statistischen Reichsamtes hat die günstige Entwicklung, die der Wohnungsbau in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern in den letzten Monaten nahm, auch im September angehalten. Die Baubeginne stiegen um 7 vH, woran lediglich die kleinen Gemeinden nicht beteiligt waren. Die Zahl der Bauvollendungen nahm, wie stets gegen Jahresende, beträchtlich, nämlich um 28 vH, zu. Auch im Vergleich zum September 1934 hat sich der Wohnungsbau außerordentlich günstig entwickelt. Sowohl bei den Bauerlaubnissen als auch bei den Baubeginnen wurde das vorjährige Ergebnis — um 63 und um 97 vH — übertroffen, während allerdings die Bauvollendungen um 16 vH hinter der Vergleichszahl des Vorjahres zurückgeblieben sind. Der Rückgang ist auf eine schwächere Bauleistung in den Großstädten und in den Gemeinden mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern zurückzuführen und beruht auf dem Nachlassen der Umbautätigkeit. Die Zahl der Bauanträge für Wohnungen in den Groß- und Mittelstädten lag um 13 vH tiefer als im Vormonat, aber um 83 vH höher als im September 1934. Die Zuhilfenahme öffentlicher Mittel zur Geldbeschaffung für den Wohngebäudebau war im September 1935 wesentlich geringer als im August. Von je 100 Wohnungen, die durch Neubau in Wohngebäuden erstellt wurden, sind mit öffentlicher Unterstützung erbaut worden: Januar 32, Februar 38, März 39, April 34, Mai 38, Juni 42, Juli 41, August 40, September 32.

Die Bautätigkeit von Januar bis September 1935

In den ersten 9 Monaten des Jahres 1935 wurden in sämtlichen Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern durch Neubau und Umbau 90 510 Wohnungen fertiggestellt, das sind rund 21 vH weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In den Groß- und Mittelstädten, in denen eine Aufgliederung der Zahlen nach Neu- und Umbauwohnungen möglich ist, wurden 44 314 Wohnungen oder 21 vH mehr als 1934 durch Neubau und nur noch 19 567 oder 56 vH weniger durch Umbau dem Wohnungsmarkt zugeführt. Dem Rückgang an Umbauwohnungen, der zu fast 75 vH auf die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern entfällt, steht also eine nicht unbedeutend gesteigerte Neubautätigkeit gegenüber. Von den insgesamt durch Neubau gewonnenen Wohnungen in Wohngebäuden sind:

Kleinwohnungen (1—3 Wohnräume) 37,2 vH,
Mittelwohnungen (4—6 Wohnräume) 56,7 vH,
Großwohnungen (7 und mehr Wohnräume) 6,1 vH.

Wie im Vorjahre, wurden also in den Groß- und Mittelstädten durch Neubau vorwiegend Mittelwohnungen erstellt. Im Vorjahre waren es 65 vH. Der Bau von Kleinwohnungen hat im Vergleich zum 1. bis 3. Vierteljahr 1934 um 12 vH, der von Mittel- und Großwohnungen dagegen um 26 vH zugenommen. Unter den Bauherren waren am stärksten die privaten beteiligt. Ihr Anteil stieg von 67 vH im Jahre 1934 auf 68 vH der Gesamtzahl der in Wohngebäuden erstellten Wohnungen. Die gemeinnützigen Baugesellschaften waren mit 25 vH nur wenig geringer als im Vorjahre beteiligt, und auch der Anteil der öffentlichen Körperschaften und Behörden blieb mit 7 vH fast unverändert. Der Wohnungsneubau mit öffentlicher Unterstützung ist von Januar bis September 1935 um 7 vH gestiegen. Nach wie vor hat der

Kleinhausbau den größten Anteil an der Erstellung von Wohnbauten gehabt. Der Anteil betrug 77 vH aller errichteter Gebäude. Etwas mehr als ein Viertel aller neuen Kleinhäuser sind vorstädtische Kleinsiedlungsbauten, sie enthalten 4287 Wohnungen. — Beim Bau von Nichtwohngebäuden wurden die Ergebnisse der Monate Januar bis September 1934 in allen 3 Bauabschnitten bei weitem übertroffen. Die Bauvollendungen umfaßten rund 100 vH mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den Baubeginnen betrug die Steigerung 107 vH und bei den Bauerlaubnissen 85 vH.

Kleinsiedlungen im Berliner Bezirk

Mit der Vollendung des 4. Bauabschnittes wird die Entwicklung der bisherigen „Vorstädtischen Kleinsiedlung“ zu einem vorläufigen Abschluß kommen. Bisher wurden auf einer Gesamtfläche von 372,55 ha in Berlin im Verlauf der 4 Bauabschnitte, die sich auf die Jahre 1931 bis 1935 erstreckten, insgesamt 3689 Siedlerstellen mit der gleichen Anzahl von Wohngebäuden errichtet. Das Bauland hierfür wurde zum überwiegenden Teil aus stadteigenen Siedlungslandvorräten entnommen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil, rund 13 vH der Gesamtfläche, wurde vom Reich bereitgestellt. Dem vorwiegend sozialen Gepräge der Kleinsiedlung entspricht es, daß man auch in Berlin bei der Hergabe des Bodens in den meisten Fällen das Erbbaurecht als Rechtsform anwandte. Die in den verschiedenen „Richtlinien für die vorstädtische Kleinsiedlung“ ergangenen Bestimmungen über die Größe der Stellen sind in allen Fällen innegehalten worden. Fast sämtliche Stellen verfügen über einen Umfang von 600 bis 1500 qm. — Nach dem endgültigen Abschluß des 4. Bauabschnittes wird auch das Berliner Kleinsiedlungswerk aller Voraussicht nach, wenn auch unter anderen Bedingungen, weitergeführt werden. Maßgebend für seine Gestaltung wird der sogenannte Ablösungs-erlaß des Reichsarbeitsministers vom 12. Februar 1935 sein. Diese Bestimmungen bedeuten einerseits die Abkehr von der Erwerbslosensiedlung und andererseits die Fortführung der Kurzarbeitersiedlung und den allmählichen Übergang zur Vollbeschäftigtensiedlung.

Bauabsichten

Die Wohnungsbaupläne der Baugenossenschaften für 1936

Auf der Ende Oktober in Berlin abgehaltenen Führerbesprechung des Hauptverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (Baugenossenschaften und -gesellschaften) teilte der Hauptverbandsführer Dötsch mit, daß die Baugenossenschaften und Baugesellschaften, nach Abschluß ihres Wiederaufbaus, im Jahr 1936 in der Lage sein werden, einen großen Teil des Wohnungs- und Siedlungsbedarfs der minderbemittelten Volksgenossen decken zu können. Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen werden im kommenden Jahr etwa 100 000 Wohnstätten (Kleinwohnungen, Eigenheime, Siedlerstellen), also etwa den vierten Teil des jährlichen Bedarfs, zur Ausführung bringen. Diese Schätzung ergebe sich aus den Vorbereitungen, welche die Unternehmen bisher im ganzen Reich getroffen haben. Voraussetzung sei allerdings, daß der Kapitalmarkt die nötigen Bauhypotheken werde bereitstellen können. Da der dringende Bedarf an Kleinwohnungen eine schnelle Befriedigung erforderlich mache, werde man vorläufig noch die Errichtung von Kleinwohnungen in Geschoßbauten nicht entbehren können. Der Hauptverbandsführer regte an, daß die vom Staat zur Unterstützung der Wohnungsbautätigkeit geschaffenen Einrichtungen 50 000 Kleinsiedlerstellen zu-

sätzlich schaffen mögen, um das deutsche Siedlungs-
werk tatkräftig zu fördern.

Brandenburgische Heimstätte

Die Brandenburgische Heimstätte plant für 1935 den Bau von mehr als 4000 Kleinwohnungen und Kleinsiedlungen mit einem Gesamtaufwand von etwa 30 Millionen Mark. Dem entscheidenden Einsatz des Oberpräsidenten Kube ist es zu verdanken, daß trotz erheblicher Schwierigkeiten die für diesen umfangreichen Bauplan erforderlichen Hypotheken beschafft und sichergestellt werden konnten. Es ist durch diesen Plan dafür Sorge getragen, daß der Baumarkt in der Provinz Brandenburg während der Wintermonate mit beträchtlichen Aufträgen versehen ist. Der größte Teil der geplanten Gebäude ist bereits im Bau. Der Rest wird noch in diesem Jahre begonnen. In diesen Bauabsichten sind noch nicht die der Provinz Brandenburg zugeführten Mittel für den 6. Abschnitt der Kleinsiedlung und für die Errichtung von Volkswohnungen enthalten.

Saalealsperre

Nach der Vollendung und Inbetriebnahme der Blei-
lochtalsperre hat die AG Obere Saale, an der die
Länder Preußen, Sachsen und Thüringen beteiligt sind,
nunmehr die Errichtung einer zweiten großen Talsperre
an der oberen Saale in Angriff genommen. Die Vor-
arbeiten sind jetzt im vollen Gange. Neben der Anlage
der erforderlichen Straßen und Bahnanschlüsse wird be-
reits der Bau der Sperrmauer vorbereitet, die die höchste
in Europa werden soll. Die Lieferung der zum Sperr-
bau benötigten Steine ist vergeben worden. Es handelt
sich um die gewaltige Menge von 900 000 t Granit, der
in thüringischen Steinbrüchen unweit der Baustelle abge-
baut und in rund 45 000 Wagenladungen herangeschafft
werden wird. Um die tägliche Verladungsmenge von
mindestens 100 Güterwagen bewältigen zu können, wer-
den umfangreiche Vorkehrungen auf den Steinbrüchen
getroffen. So wird gegenwärtig eine neue Drahtseilbahn
gebaut, auch werden Schlaf- und Unterkunftshäuser für
die Arbeiter eingerichtet, die im Frühjahr in großer Zahl
eingestellt werden.

Baustoffe

Westdeutscher Zementverband

Wegen der Erneuerung des Ende des Jahres wiederum
ablaufenden Vertragswerkes im Westdeutschen Zement-
verband sind bisher Besprechungen noch nicht ein-
geleitet worden. Man will, wie aus unterrichteten Kreisen
verlautet, erst das Ergebnis der vom Reichswirtschafts-
ministerium eingeleiteten Untersuchung abwarten. Eine
Veröffentlichung dieser Ergebnisse erwartet man nicht
vor Ablauf von etwa zwei Wochen.

Dachpappenindustrie

Die rege Bautätigkeit in den letzten Monaten hat auch
eine Besserung in den Beschäftigungsverhältnissen der
westdeutschen Dachpappenwerke zur Folge gehabt, wenn
es sich auch meistens um kleine und kleinste Bestellungen
handelt. Größere Aufträge sind nur selten, da die Bau-
tätigkeit der Industrie nach wie vor gering ist und der
Westen an den Vorteilen aus der Arbeitsbeschaffung und
der Wehrhaftmachung nicht in dem gleichen Maße teil-
hat wie die anderen Reichsgebiete. Die Preise werden
allgemein gehalten. Jedoch sind in der letzten Zeit
wiederholt Versuche gemacht worden, unter Umgehung
der Verbandsbestimmungen durch Zugeständnisse Auf-
träge hereinzuholen. Hierbei handelt es sich jedoch
durchweg um Ausnahmeseinungen. In einer Ver-
sammlung der Gruppe Rheinland-Westfalen wurde kürz-

lich eine Verlängerung des Bestehens des Reichsverbandes
Deutscher Dachpappenfabrikanten über das Ende
des Jahres hinaus um bis zu fünf Jahren gewünscht. Die
Verhandlungen mit denjenigen Unternehmungen, die die
Zugehörigkeit zum Dachpappenring zum Ende des Jahres
gekündigt haben, nehmen einen günstigen Verlauf. Die
meisten Kündigungen geschahen der Form wegen. An
der gemeinsamen Absicht, den Ring über 1935 hinaus zu
verlängern, besteht jedoch kein Zweifel.

Westdeutsche Dachziegelindustrie

Nach einem wenig befriedigenden Frühjahrsge-
schäft hat sich in den Beschäftigungs- und Absatzverhältnissen
der westdeutschen Dachziegelindustrie im weiteren Ver-
lauf des Jahres ein lebhafter Aufschwung durchgesetzt.
Von dieser Aufwärtentwicklung sind aber nicht alle
Dachziegelarten in gleicher Weise erfaßt, da die Nach-
frage sich im wesentlichen auf Erzeugnisse bestimmter
Form und Farbe beschränkt. In diesen vom Verbrauch
besonders bevorzugten Sorten hat sich der Auftrags-
eingang derart flott entwickelt, daß die Werke vielfach
längere Lieferfristen in Anspruch nehmen mußten.

Bauunternehmer

Wayss & Freytag A.-G.

Der erst jetzt vorgelegte Bericht für 1934 läßt die ver-
stärkte Fortsetzung der Abwicklung der alten Wayss-&
Freytag-Gesellschaft erkennen. Die Verpflichtungen ein-
schließlich der Bürgschaften ermäßigten sich um 6,4 Mil-
lionen Mark. Im neuen Jahre sind die Bürgschaftsver-
pflichtungen um weitere 2,78 Millionen Mark zurück-
gegangen. Aus Verkäufen von Gebäuden und Maschinen
entstanden Buchverluste von rund 0,63 Millionen Mark.
Die Bankverbindlichkeiten ermäßigten sich um rund 2 Mil-
lionen auf 2,66 Millionen Mark. Dabei gewährte die
Bankengruppe einen Nachlaß von 0,98 Millionen Mark
unter gewissen Voraussetzungen. Durch diesen Nachlaß
wurden gleichzeitig der Verlustvortrag aus 1933 gedeckt
und die Gewinn- und Verlustrechnung 1934 ausgeglichen.

Schliemann & Co, Asphaltfabrik

Die Schliemann & Co., Asphaltfabrik und Teerdestilla-
tion-AG in Hannover, schließt das letzte Geschäftsjahr
nach Abschreibungen mit einem Verlust von 12 800 Mark
ab, der sich einschließlich Vortrag auf 205 000 Mark er-
höht. Um diesen Betrag wird laut Beschluß der General-
versammlung das Aktienkapital von 455 000 auf 250 000
Mark herabgesetzt.

Marktzahlen

Kursdurchschnitte der Berliner Börse

Aktien	1934		26. Okt.	2. Nov.
	Höchststand	Tiefststand		
Bauunternehmungen	114,9	110,5	108,8	109,2
Baustoffgesellschaften	97,1	57,8	100,8	101,1
Sämtliche Aktien	97,6	80,2	108,0	108,1

Großhandelskennzahlen

	16. Okt.	23. Okt.	30. Okt.
1913 = 100			
Baustoffpreise . . .	110,7	110,9	110,9
Sämtliche Preise . .	102,9	102,8	102,9

Lebenshaltungskennzahlen

	1913/14 = 100 (Vorjahrszahlen in Klammern)		
	August	September	Oktober
Lebenshaltung, insg.	124,5 (122,3)	123,4 (121,6)	122,8 (122,0)
Wohnung	121,2 (121,3)	121,2 (121,3)	121,3 (121,3)
Ernährung	122,2 (120,7)	120,7 (119,2)	119,6 (119,3)